

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND



Die neue Zeitung für Deutschland.

BAUMGARTNER:
Ehrung © Seite 2

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 222, ab Samstag, 26. Juli 2025 bundesweit. Kein Medienkonzern, kein Parteiblatt, keine Lüge, keine Reklame. **2,50 EURO** am Kiosk und im freien Verkauf
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

EMA: ÜBER 29.000 TOTGESPRITZTE • FAST 700.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN • SEITE 3

BALLWEG VOR FREISPRUCH

Der große BÜRGERRECHTLER wurde Opfer einer TERRORKAMPAGNE krimineller Staatsanwälte



Bürgerrechtler Michael Ballweg (Bildmitte) wurde Opfer einer der perfidesten Lügenkampagnen der BRD-Geschichte. Auf unserem Titelbild steht er mit nicht-lügenden Pressevertretern am OLG Stuttgart.
Foto: DW

Er organisierte die größten Demonstrationen in der deutschen Geschichte und wurde dafür verleumdet, ohne Anklage inhaftiert und mit einem kafkaesken Prozess überzogen.

Nun steht der große Bürgerrechtler und »Querdenker« Michael Ballweg vor dem Freispruch. Am 43. Prozesstag am Oberlandesgericht Stuttgart hatte die politisch instrumentalisierte Staatsanwaltschaft nicht

mehr vorzubringen als einen YouTube-Schnipsel. Die Verteidigung rechnete auf Heller und Pfennig ab.

Ballweg, auf unserem Titelfoto in der Bildmitte nebst Pressesprecherin Sonja Guttstein und DW-Herausgeber Hendrik Sodenkamp, trug ab Sommer 2020 zur Aufklärung der Corona-Lüge bei, der größten Kriegslügenkampagne in der Geschichte der Menschheit. Ballweg hatte im August 2020 die Viruslüge platzen lassen und vor

den Spritzen gewarnt, mit denen ab Jahreswechsel 2020/2021 Millionen von Menschen geschädigt worden sind.

Wie heute jedes Kind weiß: Ballweg und der Widerstand hatten recht. Der Preisträger der Republik Ballweg geht als Held in die Geschichtsbücher ein – und er macht weiter! Am 2. August um 13 Uhr heißt es zur Großdemonstration am Brandenburger Tor in Berlin: »Wir sind viele!«

➔ Weiter auf Seite 7



Hemden beim Montagsspaziergang in Bad Salzungen am 21. Juli 2025; bundesweite Termine der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung auf Seite 6 und NichtOhneUns.de. Fotos: Der-Thüringer

••• KIOSK! 2,50 € •••

4 SCHWAB
Rechtsprofessor
zum Theater
um das BVerfG

12 BITTNER
Bye bye USA:
Geopolitik im
Überblick

14 LENZ
Journalist
erklärte Taz
für beendet



NICHTOHNEUNS.DE

INHALT DW 222

- Michael Ballweg vor Freispruch, Seiten 1, 7, 14
- Der Preis der Republik geht postum an Felix Baumgartner, Seite 2
- Dr. Werner Köhne: Ein Mal, Seite 2
- Es wird Zeit, dass wir unsere Stimme erheben, Seite 3
- Sterbefallzahlen Deutschland, Seite 3
- Prof. Dr. Rudolph Bauer über das Gerichtsverfahren gegen ihn, Seite 4
- Prof. Martin Schwab: Frauke Brosius-Gersdorf – eine ungeeignete Kandidatin, Seite 4
- Neues aus Absurdistan: Antifa und ÖRR sei Dank – AfD immer stärker!, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Querdenker Gerichtshof: Zeitung für Fritsch, Seite 6
- Michael Ballweg: Man will ihn fertig machen, Seite 7
- Kabarettistin Lisa Fitz im Interview, Seite 8
- Remigration von Martin Sellner, Seite 8
- Leserbrief, Online-Hinweise, Seite 8
- Das Geheimnis der Wechselkurse, Seite 9
- Motor Mittelstand: Elektriker und Mechaniker fehlen, Seite 10
- Verdeckte Lobbynetzwerke der Konzerne, Seite 10
- Kolumne Medien: Milieustudie, Seite 10
- Der »Kampf gegen rechts« ist ein Kriegsnebel, Seite 11
- Zitat der Woche: Michael Klonovsky, Seite 11
- Wolfgang Bittner: Vorabdruck aus dem neue Buch »Geopolitik im Überblick«, Seiten 12, 13
- Bauers ABC: Klimawandel, Seite 13
- DW-Verteiler werden, Seite 13
- Wir erklärten die Taz für beendet, Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- DW-Buchempfehlungen, Seite 15
- Sport mit Berthold über den Ballweg-Prozess, Seite 15
- Christen im Widerstand: Krieg, Seite 15
- Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

DAS LICHT 16 GROSSE ZEITUNGSSEITEN WERBEFREI

Für unser kommendes Extrablatt der Alternativmedien im DW DAS LICHT suchen wir Anzeigenkunden!
Bitte Kontaktaufnahme an:
anzeigen@demokratischerwiderstand.de

IMPRESSUM | Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND (DW / der Widerstand). Die neue Zeitung für Deutschland. Zeitung für Verfassungserneuerung, Zeitung der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung, Stimme der bürgertlichen, parteiunabhängigen, liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 222. Ausgabe ab Samstag, 26. Juli 2025. Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 24. Juli. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | **Online: demokratischerwiderstand.de**

Chefredakteur: Hendrik Sodenkamp. **Stellvertretender Chefredakteur:** Anselm Lenz. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Satz und Grafikleitung:** Ute Feuerstacke. **Redaktion Wirtschaft:** Johannes Rottweil. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel, Iliya Ryzkin, Flo Osrainik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Robert Höschele, Ullrich Mies, Torsten Wetzels, Batscha N'Diaye, Marwin Benfer, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Dr. med. Alexander Richter. **Assoziiert:** Prof. Dr. jur. Martin Schwab. **Korrektur:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25./28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen:** Indepen.nl, Rotterdam; De Andere Krant, Amsterdam; **UFP** United Free Press, London; The Light Newspaper, Manchester. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Dr. Giorgio Agamben, Julian Assange. Co-Herausgeberschaft (rundend): Batscha N'Diaye. Aus Ost-Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 28. März 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz. Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinngemäß geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden. Abo: DemokratischerWiderstand.de/Abo

Der **5-Punkte-Plan** der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020 (NichtOhneUns.de, zugleich **Redaktionsstatut** dieser Zeitung): **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen und der Kriegstreiberei auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. | **Spenden** per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64. BIC: WELADED1UMP



Extrem mutig und unbeugsam

Der Preis der Republik geht postum an Felix Baumgartner.
LAUDATIO UND NACHRUF
von Klaus Müller

Mit seinem Sprung aus der Stratosphäre wurde Felix Baumgartner am 14. Oktober 2012 legendär. Er hat stets die größten Herausforderungen gesucht und inspirierte so die Menschen, über sich hinauszugehen. Mut bewies er auch bei politischen und gesellschaftlichen Themen. Am 17. Juli 2025 starb der österreichische Extremsportler mit 56 Jahren bei einem Paragliding-Unfall in Italien.

Baumgartner war ein kluger, freiheitsliebender, kritischer und meinungsstarker Patriot, der sich nie den Mund verbieten ließ, zugleich humorvoll, herzlich und feinfühlig. Ob Klimatüge, illegale Massenmigration oder Corona-Diktatur: Er kritisierte immer wieder mit klaren Worten die Mainstream-Narrative. 2016 erklärte er: »Ein Land, in dem Angeln ohne Angelschein rechtlich bestraft wird und Menschen ohne Pässe die Grenze überqueren, können nur Idioten regieren.« Im selben Jahr lobte er einen Auftritt von Martin Sellner auf ServusTV als

»historischen Tag« und prophezeite den Altmedien ein »Ablaufdatum«. Für Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán forderte er den Friedensnobelpreis. Und als während der Pandemie die meisten Promis brav beim Faschismus mitmachten, äußerte er massive Kritik an Maßnahmen und Spritzen (DW 161). Auch nach Corona wies er ständig auf Missstände hin: »Zuerst wurde Jagd auf alle Ungeimpften gemacht und jetzt auf alle, die einen russischen Reisepass haben. [...] In was für einer beschissenen Welt leben wir eigentlich?« Bis zuletzt forderte er eine Aufarbeitung des Unrechts, der Hetze gegen »Ungeimpfte« und der vielen Spritzschäden.

Baumgartner schafft es sogar, die Feinde der Demokratie noch nach seinem Tod zu demaskieren: In einem widerwärtigen »Nachruf« schrieb der *Stern* über ihn von »rechtsnationalen Schwurbelegen« und entlarvte sich damit (einmal mehr) als Gossen-Medium, das tiefer nicht mehr sinken kann. Baumgartners Lebensgefährtin Mihaela Radulescu bringt es auf den Punkt: »Dieser Mann war in vielerlei Hinsicht wirklich etwas Besonderes.« Möge er in Frieden ruhen.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN FELIX BAUMGARTNER.

Der Preis der Republik wird seit 2020 vom Unterstützerverein dieser Zeitung in Form einer Medaille am Band und dieser Laudatio vergeben.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Johnson, Christine Lambrecht (abernannt), Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, rekonstruierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz (abernannt), Sebastian Friebe, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffeldt, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domeno Lifestyley, Ilona Si Mousse, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzien, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dalli, Dr. Louis Fouche, Sabine Langer, Diemar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margat Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Dabitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmair, Perin Dineki, Volker Bruch, Nils Wehner, Batscha N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Güter, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Uwe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Mayen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Rio Maki, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Dr. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Prof. Dr. Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl,

Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, die unbekannt Verteller, Eric Clapton, Dr. Günter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rimo, Bürgerjournalist »Weichreite«, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Dr. med. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schen, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahawache Bautzen, Gallateral, Helge Spunk, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Prof. Dr. Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Almut Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel, Paul Schreyer, Gordon Pankalla, Robert Farle, Arnulf Knierim, Bernd Quinque, Dr. Hans-Rudolf Miltrey, Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder, Michael Stürzenberger, Monika Donner, Marcus Fuchs, Michael Wittwer, Ignaz Bearth, Aya Velazquez, Bastian Brucker, »Whistleblower: mit der Druckertinte, Helene und Dr. Ansgar Klein, Pawel Durov, »Architects and Engineers for 9/11 Truth«, Johanna Findeisen, Alexander Bittner, Jens Lehrich, Patrik Boab, Tim Kellner, Clare Daley, Jan Reiners, Jürgen Todenhöfer, Dera Gai, Mateo Westfal, Martin Sellner, Subcomandante Marcos, Werner Köhne, Bettina Volter, Florian Warweg, Robert F. Kennedy Jr., Alexandra Motschmann, Francesca Albanese, Mario Wieswandl, Heiko Schrang, Andrea Z., Britta Berthold, Christian Stockmann, Gabriele Gysi, Serge Mengo, Peter F. Mayer, Jens Fischer-Rodrian, Martin Sonneborn, Dr. Margareta Griesz-Brisson, Monika Gruber, Dr. Daniel Langhans, Tucker Carlson, Paul Klemm, Dr. Beate Pfeil, Helga Zepp-LaRouche.

Auf begründete Beschlüsse wurden dem enttarnten V-Mann Markus Haintz, der gezielt mehrere Demonstrationen der Demokratiebewegung systematisch, in großem Umfang und langanhaltend Schaden zufügte, und der früheren Politikerin Christine Lambrecht der Preis der Republik jeweils aberkannt. Letztere hatte den Preis sogar zweimal zugesprochen bekommen wegen aufsehenerregender Absichtserklärungen (pro Grundgesetz 2020, pro Frieden zu Sylvester 22/23). Diese stellten sich als Irreführungen heraus.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dichtgemacht. Die zwölfte (!) Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trockengelegt werden« (Nancy Faeser, damals Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Ein Mal

EINWURF von Dr. phil. Werner Köhne

Was macht die Einmaligkeit eines Menschen aus? Rainer Maria Rilke demonstriert sie an Hand eines kurzen Gedichts:

Ein Mal, jedes nur einmal.
Ein Mal und nicht mehr.
Und wir auch ein Mal.
Nie wieder.

Aber diese sein Mal gewesen zu sein,
wenn auch nur ein Mal: irdisch gewesen zu sein,
scheint nicht widerrufbar

Einmaligkeit – so wird hier beschworen – erfüllt sich erst in der erfahrbaren Dimension der Vergangenheit, die niemand und nichts ungeschehen machen kann. Jedem Menschen, auch dem unauffälligsten, kommt das Recht eines unbestreitbaren Seins in der Zeit zu.

Kann man dieser Reflexion mehr abgewinnen als die Einsicht, dass die Erinnerung Trost spendet, dabei aber meist mit der Hoffnung verbunden bleibt, da komme zukünftig noch etwas, auch wenn das Leben endet? – Tut's aber nicht, gibt sich die moderne Philosophie an dieser Stelle erstaunlich wortkarg.

Spätestens mit dem Ende der großen heilsgeschichtlichen Erzählung, wird diese Hoffnung auf Sinn aufgegeben. Es herrscht ein vorwärtsdrängendes Bewusstsein vor, dass das Vergangene kaum zählt – und man es lediglich als Manövriermasse für Strategien betrachtet, das Leben zu optimieren, indem man es zwanghaft zu verlängern sucht. Dabei wird aber deutlich: Menschliche Endlichkeit steht im Gegensatz zum subjektiven Bewusstsein, dass diese Endlichkeit nicht akzeptieren kann. So entsteht ein Dilemma, das der Philosoph Hans Blumenberg die mundane Kränkung nennt. Gemeint ist damit ein Gegensatz in der Zeiterfahrung.

Während der Mensch in den Wirren einer überkomplexen Welt, seine Lebenszeit als bedrängend kurz erlebt, rauscht die Weltzeit in tiefer Gleichgültigkeit an ihm vorbei. Was tun in postmetaphysischen Zeiten, in denen Sinnressourcen aus der Vergangenheit fehlen und lediglich hysterische Selbstoptimierung und hektisches Krisenmanagement den Rhythmus des Lebens vorgeben? Authentizität und Einmaligkeit werden da ein knappes Gut und die Ressource »Sinn« verliert sich in den Abgründen unserer Kultur der Fragmente und Peinlichkeiten.

Bertold Brechts Gedicht »Erinnerung an die Marie A« holt hingegen einen Augenblick zurück, in dem sich die Einzigartigkeit des menschlichen Daseins offenbart, hier konkret an einer Wolke, die sich »unendlich oben« (was für ein Wortbild!) bildet und Sekunden später auch schon wieder auflöst. Genau das wiederholt sich nie mehr. – Bei aller Skepsis gegenüber leichtem Pathos: Da vermählt sich die Endlichkeit des Glücks mit dem Glück der Endlichkeit.



LESEREISE!

Werner Köhne geht mit seiner neuesten Veröffentlichung im Sodenkamp & Lenz Verlagshaus auf Reise: »Zur Ästhetik des Widerstands – 200 Versuche, die Welt nach Corona wieder erzählbar zu machen«. Wenn Sie einen eigenen Termin für eine Veranstaltung vereinbaren möchten – sei es im eigenen Wohnzimmer oder im regionalen Fußballstadion –, können Sie den DW-Hausphilosophen über diese Adresse erreichen: veranstaltungen@demokratischerwiderstand.de Oder telefonisch über die Nummer der Philosophischen Praxis, immer montags von 15 bis 21 Uhr: +49 (0) 162 / 63 60 112

ES WIRD ZEIT, DASS WIR UNSERE STIMME ERHEBEN

Die Bürgerinitiative GemeinWohl-Lobby startet eine Großaktion gegen die geänderten Internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO und der Verletzung des Datenschutzes
Von Menschenrechtsaktivistin Marianne Grimmenstein

Die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) wurden 2024 unter Missachtung der eigenen Regeln der WHO völkerrechtswidrig verabschiedet. Die WHO hätte die vorgesehenen Änderungen vier Monate vor der jährlichen Sitzung der Weltgesundheitsversammlung den Mitgliedstaaten zusenden müssen (siehe Art. 55 IGV). Das hat sie nicht getan.

Bei der sogenannten Abstimmung konnten die Delegierten die Änderungen überhaupt nicht. Eine richtige Abstimmung wurde auch nicht durchgeführt. Es wurde nur gefragt: Wer ist dagegen? Damit war die Abstimmung erledigt und kein Staat hat dagegen protestiert. Die Bevölkerung wurde überhaupt nicht über die schwerwiegenden Folgen dieser Änderungen durch die Medien aufgeklärt. Breite Diskussionen fanden nicht statt.

PARLAMENTARISCHE SOMMERPAUSE NUTZEN

Den geänderten IGV konnten die Staaten nur bis zum 19. Juli 2025 widersprechen. Danach treten sie völkerrechtlich für die Staaten im September 2025 automatisch in Kraft, die nicht widersprochen haben. Damit gelten die Bestimmungen der geänderten IGV jedoch für Deutschland noch nicht. Deutschland muss zuerst durch den Bundestag ein Zustimmungsgesetz verabschieden. Erst mit diesem Gesetz ratifiziert Deutschland die neuen IGV und erkennt sie damit an. Über dieses Zustimmungsgesetz hat der Bundestag jedoch noch nicht abgestimmt und es gibt jetzt eine parlamentarische Sommerpause. Das soll unbedingt ausgenutzt werden! Deshalb startete die Bürgerinitiative GemeinWohl-Lobby eine Großaktion und bittet, sie überall zu verbreiten.

Die Aktion beschränkt sich nicht nur auf die IGV der WHO, sondern auch auf Datenschutzverletzungen entsprechend der Datenschutzverordnung DSGVO. Immer öfter wird unser Recht auf körperliche Unversehrtheit und den Schutz der Privatsphäre verletzt. Durch die endlose Digitalisierung und gewinnbringenden Experimente der Pharmaindustrie sind unsere Gesundheit und Privatsphäre ein lukratives Geschäft geworden und wir schauen nur zu. Es ist höchste Zeit, dass wir unsere Stimme gegen diese Machenschaften erheben. Unsere Menschenwürde darf nicht als Profit-Fabrik behandelt werden!

Deshalb startete die Bürgerinitiative GemeinWohl-Lobby bewusst eine Briefaktion und keine Email-Aktion an die fünf gesundheitspolitischen Sprecher der fünf Fraktionen im Bundestag, die Bundesgesundheitsministerin, den Bundesminister für Digitales und die Bundesdatenschutzbeauftragte. Emails kann man schnell löschen. Wenn die genannten Adressaten jedoch ganz viele Schreiben erhalten, dann reagieren sie vielleicht eher.

Alle Briefe beinhalten einen Widerspruch beziehungsweise eine Nicht-Einwilligung betreffend der IGV, verschiedene gesundheitliche Experimente und Verletzung der Privatsphäre. Gegen die folgenden Tatsachen wird unter anderem Widerspruch eingelegt:

- Mit den Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften wird die genetische Impfstoffforschung und zudem die Gain-of-function-Forschung, die das größte Pandemierisiko ist, gefördert.
- Das Versprühen von Substanzen durch Geo-Engineering (wie zum Beispiel Aluminium, Barium) erfolgt ohne Langzeitstudien und führt zu gesundheitlichen Folgen.
- Studien zum 5G-Netz beschränken sich

auf thermische Effekte, ignorieren jedoch nicht-thermische Auswirkungen wie zelluläre Schäden.

- Digitale ID und digitales Geld ermöglichen umfassende Überwachung und Datenspeicherung ohne die Zustimmung der Bevölkerung.
- 15-Minuten-Städte: Diese Konzepte erfassen Bewegungsdaten ohne transparente Zweckbindung.
- Zentralisierte Gesundheitsdaten: Der Zugriff auf Gesundheitsdaten ohne Einwilligung verletzt die Privatsphäre jedes Menschen.

VERFASSUNGSBESCHWERDE GEPLANT

Zum Schluss wird die Nichtratifizierung der IGV 2024 durch Ablehnung des geplanten Zustimmungsgesetzes, Transparenz, unabhängige Forschung und den sofortigen Stopp der laufenden gefährlichen Experimente verlangt. Alle Informationen zu der Aktion findet man im Internet unter <https://gemeinwohl-lobby.de/widerspruch-igv-und-dsgvo/>.

Da der Entwurf des Zustimmungsgesetzes zur Annahme der IGV schon vorliegt, wird der Bundestag nach der Sommerpause wahrscheinlich schon im September die geänderten Internationalen Gesundheitsvorschriften mit der Verabschiedung dieses Gesetzes ratifizieren. Deshalb ist die Widerspruch-Aktion in den kommenden Wochen sehr wichtig. Die Bürgerinitiative hofft auf rege Beteiligung der Bürger. Außerdem will die Bürgerinitiative rechtzeitig auch eine Verfassungsbeschwerde gegen den Erlass eines Zustimmungsgesetzes zu den IGV beim Bundesverfassungsgericht einreichen.



Die Deutsch-Ungarin Marianne Grimmenstein kämpft mit der Bürgerinitiative GemeinWohl-Lobby unermüdet für Menschenrechte und Demokratie sowie für eine Politik, die am Gemeinwohl interessiert ist.



München steht auf, Demonstrationzug am 23. Juli 2025. Foto: t.me/kinder_stehen_auf_news

MELDUNG

WHO BESORGT ÜBER IMPFSKEPSIS

Genf/DW. Wie tagesschau.de Mitte Juli 2025 berichtete, sieht die WHO eine Gefahr für die Gesundheit der Weltbevölkerung durch Impfskepsis und einbrechende Entwicklungshilfen. Man sei »extrem besorgt über Fehl- und Desinformation zu Impfungen«. Unterdessen machen Systemmedien wie Bild wieder Impfwerbung: Die derzeit zugelassenen Covid-19-Injektionen würden auch vor der neuen Variante Stratus schützen. (kmü)

BEUNRUHIGENDE DATEN

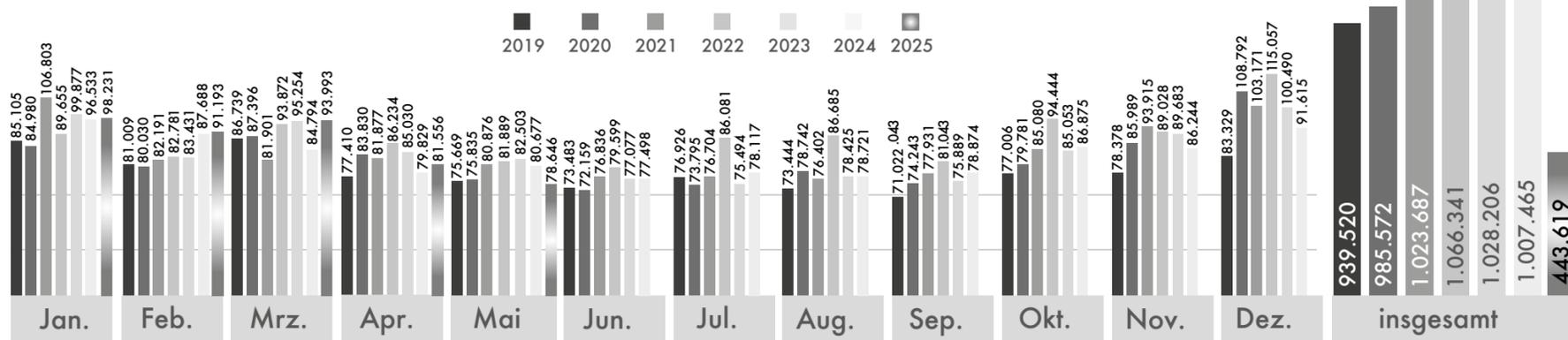
Berlin/DW. Laut eines Welt-Artikels vom 17. Juli 2025 hält das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) die Auswertung seiner Sa-fevac-App zurück. Wie es heißt, hatte jeder 210. Teilnehmer einen Verdacht auf schwere Impfnebenwirkungen. (kmü)

KIND STIRBT NACH WINDPOCKENIMPUNG

Brüssel/DW. In Polen ist laut übereinstimmenden Medienberichten von Mitte Juli 2025 ein Kind nach einer Windpockenimpfung an Enzephalitis (Gehirnentzündung) gestorben. Deshalb sollen nun die Fachinformationen der gängigen Impfstoffe angepasst und das Risiko klarer hervorgehoben werden. (kmü)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen in Deutschland im Vergleich der Jahre nach den offiziellen, aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamtes. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit. – Mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit deutlich an. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.

Laut der Europäischen Arzneimittelagentur EMA mit Sitz im niederländischen Amsterdam wurden laut Datenstand vom 14. Juli 2025 bislang 29.515 Todesfälle nach den Coronaspritzen gemeldet sowie 677.170 schwerwiegende Nebenwirkungen.

Freunde des Artikels 5 GG, der Freiheit der Meinung, Kunst und Wissenschaft!

Nachfolgend kurz zur Information über den Stand der Gerichtsverfahren gegen mich | Von Prof. Dr. Rudolph Bauer

Für den 23. Juli 2025 war gegen mich vor dem Landgericht Stuttgart eine Verhandlung wegen Beleidigung des Herrn Karl Lauterbach anberaumt.

Ich, der angebliche Beleidiger, hatte in einer während der Coronazeit entstandenen Bildmontage warnend meine Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass sich deutsche Geschichte wiederholt. Nicht zuletzt stützte ich mich bei dieser Befürchtung auf ähnliche Entwicklungen und Vorgehensweisen vor und während der NS-Diktatur; Stichworte: Medizin-Fundamentalismus und »Nazi-Doktoren«.

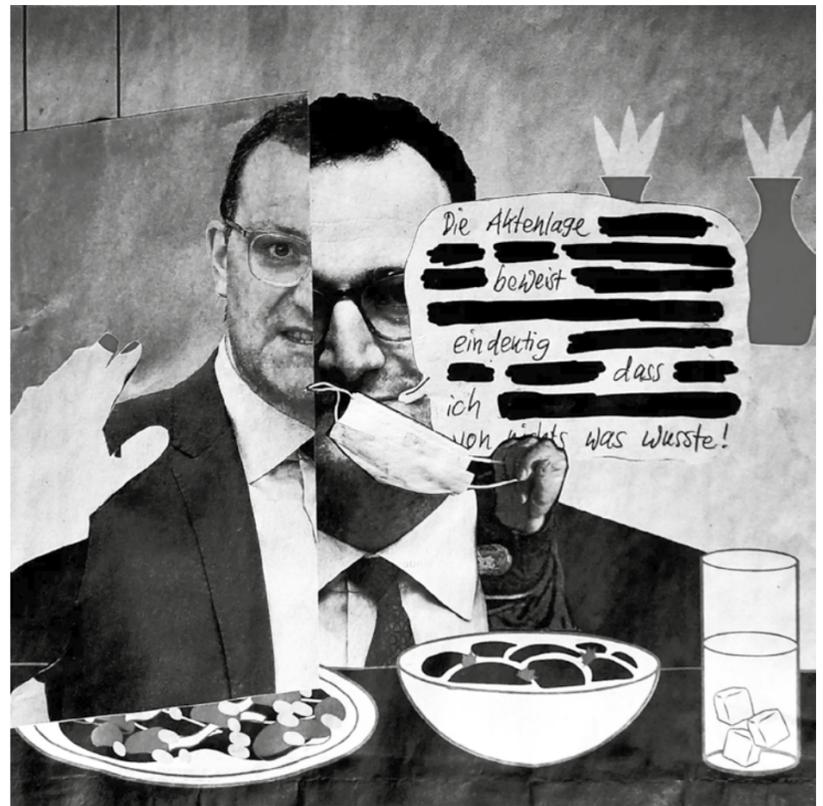
Meine Meinung und wie ich sie durch künstlerische Gestaltung zum Ausdruck brachte, hatte Herr Lauterbach veranlasst, mich wegen »Beleidigung« zu verklagen. Das Stuttgarter Amtsgericht hat mich wegen Lauterbachs Klage zu einer Strafe von 3.000,00 Euro verurteilt und dieses Strafmaß in einer Verhandlung bestätigt. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt, über die zu entscheiden das Landgericht Stuttgart einen Verhandlungstermin am 23. Juli 2025 angesetzt hat, der jetzt durch einen »Abladungsbescheid« kurzfristig ausgesetzt worden ist. Mein Frau und ich wären sonst mit der Bahn unterwegs nach Stuttgart.

Doch weiter: Am 25. August 2025, 9:00 Uhr, bin ich zu einer Verhandlung im Saal 251 des Bremer Amtsgerichts vorgeladen.

Dem Prozess war eine anonyme Anzeige bei einer Baden-Württembergischen »Meldestelle« sowie eine durch die Staatsanwaltschaft veranlasste polizeiliche Wohnungsdurchsuchung samt Beschlagnahme meines Smartphones und der fotografischen »Dokumentation« meiner Bibliothek vorausgegangen. Die Hausdurchsuchung wurde später – aufgrund anwaltlicher Intervention! – gerichtlich als nicht rechtmäßig eingestuft (sich über mich kundig zu machen, bedürfe keiner Hausdurchsuchung!) und ich konnte mein Smartphone bei der Polizei wieder abholen. Entschuldigung oder gar Rehabilitation: Keine.

ANTIMILITARISMUS UND WARNEN: VERBOTEN?

Vielmehr war die Sache damit noch nicht ausgestanden. Denn für den 25. August 2025 bin ich in Bremen vor Gericht einbestellt – dieses Mal wegen jener drei Bildmontagen, deretwegen meine Frau und ich durch eine Wohnungsdurchsuchung terrorisiert wurden. Eine der Bildmontagen übt Kritik an den Corona-Impfzwängen; sie sei volksverhetzend. Die anderen beiden Bildmontagen zeigen NS-Reichsadler. Diese Collagen nehmen Bezug auf die infolge des Ukraine-Krieges zunehmende antirussische Hetze – eine Hetze, die historisch mit jener Art der Militarisierung einher gegangen ist, welche unter Hitler dem Angriff auf die Sowjetunion, die heutige Russische Föderation, vorausgegangen war. Es sei strafbar, an die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs zu erinnern



Aktuelle Collage in der Art von John Heartfield des Bremer Universitätsprofessors, Künstlers und heimlichen DW-Herausgebers Dr. Rudolph Bauer, siehe auch [instagram.com/bauerrudolph/](https://www.instagram.com/bauerrudolph/)

und die militaristische Kriegshetze von Politikern wie von der Leyen, Strack-Zimmermann und Hofreiter unter Verwendung von Nazisymbolen anzuprangern. Der mit künstlerischen Mitteln zum Ausdruck gebrachte pazifistisch-antimilitaristische Protest wird als »rechte« Haltung geframt und soll strafrechtlich verfolgt werden.

Ich gehe davon aus, dass ich bei Gelegenheit über den Fortgang der beiden Verfahren (Stuttgart und Bremen) berichten werde. Im übrigen ist die Bremer Verhandlung öffentlich. (Prof. Dr. Rudolph Bauer gilt als einer der heimlichen DW-Herausgeber. Die Redaktion unterstützt seine Entlastung nach Kräften.)



FRAUKE BROSIUS-GERSDORF – EINE UNGEEIGNETE KANDIDATIN

KOLUMNE RECHTSSTAAT

Von Prof. Dr. jur. Martin Schwab

Die von der SPD für das Amt einer Bundesverfassungsrichterin vorgeschlagene Kandidatin Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf hielt in der Corona-Zeit eine allgemeine COVID-Impfpflicht nicht nur für verfassungsrechtlich zulässig, sondern möglicherweise sogar für geboten. Dies, und vor allem die von ihr gegebene Begründung, disqualifiziert sie für dieses Amt.

Bis heute ist auf ihrer Lehrstuhl-Homepage eine zweiseitige Stellungnahme abrufbar, die sie zusammen mit Prof. Dr. Hubertus Gersdorf, Universität Leipzig, zu einer möglichen allgemeinen COVID-19-Impfpflicht verfasst hat – offenbar zu einer Zeit, als eine solche Pflicht noch ernsthaft zur Debatte stand (Titel: »Allgemeine Impfpflicht gegen COVID-19-Virus verstößt nicht gegen die Verfassung«).

Frauke Brosius-Gersdorf und Hubertus Gersdorf (im Folgenden: die Autoren) halten eine solche allgemeine Impfpflicht für verfassungsrechtlich zulässig, möglicherweise sogar für geboten.

SELTEN AUF ZWEI SEITEN SO VIEL UNFUG GELESEN

In aller Deutlichkeit: Selten habe ich auf zwei DIN A4-Seiten so viel Unfug gelesen. Die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht soll zulässig sein, um die Geimpften vor einer Ansteckung durch Ungeimpfte zu schützen. Dabei wird offen eingeräumt, dass die Corona-Spritze ihren Empfänger nicht vor Infektionen und schweren Verläufen schützt.

Dann aber fragt sich: Wenn schon die eigene Impfung ihren Empfänger nicht schützt – wie soll ihn dann die Impfung anderer schützen? Und haben die beiden Autoren mittlerweile den Brief der EMA an den EU-Abgeordneten Marcel de Graaff vom 18. Oktober 2023 zur Kenntnis genommen, in dem ausdrücklich klargestellt ist, dass die COVID-Injektionen gar nicht zum Zwecke des Fremdschutzes zugelassen waren? Dass die Spritzen im Rahmen der klinischen Prüfung gar nicht auf Fremdschutz untersucht würden, konnte man übrigens von Anfang an den öffentlich einsehbaren Zulassungsunterlagen (sog. Public Assessment Reports der Humanarzneimittelkommission der EMA) entnehmen.

Die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht soll zulässig sein, weil es eine Überlastung der Krankenhäuser zu verhindern gelte. Haben sich die beiden Autoren einmal das tatsächliche Leistungsgeschehen in den deutschen Kliniken in der Corona-Zeit angeschaut (Belege dazu finden sich in

meinem öffentlich abrufbaren Schriftsatz vom 4. Februar 2024 für die Sängerin Julia Neigel im Rahmen ihrer Kulturlockdown-Klage vor dem OVG Bautzen)? Und haben sie einmal darüber nachgedacht, wie es sein konnte, dass mitten in der schlimmsten Atemwegs-Killerviruspandemie aller Zeiten Kliniken geschlossen und Intensivbetten abgebaut wurden?

Die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht soll zulässig sein, weil es einen neuen Lockdown zu verhindern gelte. Das fußt auf der Prämisse, dass die Corona-Maßnahmen zwingend notwendig waren, um das Virus in den Griff zu bekommen. Haben sich die beiden Autoren mittlerweile mit dem Bericht der Sachverständigenkommission auseinandergesetzt, die auf der Basis des § 5 Abs. 9 IfSG eingesetzt wurde und am 30. Juni 2022 einen Bericht vorgelegt hat, der gerade an diesem Punkt durchaus Zweifel anmeldete?

Die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht soll zulässig sein, weil durch eine zu geringe Impfquote gefährliche neue Virus-Varianten entstehen könnten. Offenbar glauben die beiden Autoren, man könne die gesamte Evolutionsgeschichte eines Virus durch flächendeckende Impfungen stoppen und das Virus eliminieren. Von Immun-Escape-Varianten, die gerade deshalb entstehen, weil das Virus durch Impfungen unter Anpassungsdruck gesetzt wird, scheinen die beiden Autoren noch nie etwas gehört zu haben.

Der Eingriff in die körperliche Unversehrtheit sei vernachlässigbar, da das Risiko von Impfnebenwirkungen gering sei. Ach ja, aber die, die es dann trifft, haben halt Pech gehabt? Die müssen halt dann individuelle Opfer bringen für die Gesundheit des Kollektivs? Also ich habe die Aussagen des Luftsicherheitsurteils des BVerfG vom 15. Februar 2006 - 1 BvR 357/05 definitiv anders in Erinnerung... Und aus welchem »Stand der medizinischen Erkenntnisse« schließen die Autoren, dass das Risiko von Nebenwirkungen gering sei? Welche Datenlage legen sie dieser Annahme zugrunde?

BROSIUS SPRACH LOHNFORTZAHLUNG IM KRANKHEITSFALL AB

Impfverweigerern sollen dann am Ende des Textes noch Bußgelder aufgebremst und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verweigert werden. Mit diesen Aussagen ist Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf als Richterin am Bundesverfassungsgericht untragbar. Sie verkündet stramm die Narrative der Lockdown- und Impfwang-Propaganda, ohne die wissenschaftlich gut begründeten abweichenden Stimmen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Sie rechtfertigt heute ihre damalige Haltung zur COVID-Impfpflicht mit dem Argument, dafür habe es in der Bevölkerung großen Zuspruch gegeben – und erkennt nicht, dass Grundrechte vor allem Minderheitenrechte sind. Und sie hängt einem kollektivistischen Grundrechtsverständnis an, das dem Grundgesetz ganz und gar fremd ist.



Montagsspaziergang in Saalfeld (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt im Südosten Thüringens) am 21. Juli 2025; Termine und Treffpunkte bundesweit auf Seite 6 und im Internet auf NichtOhneUns.de. Foto: der Thüringer

MELDUNG

THIEL FORDERT TOTALE TRANSFORMATION

New York/DW. Wie *rt.de* am 15. Juli 2025 mit Verweis auf ein aktuelles Interview von Peter Thiel mit der *New York Times* berichtet, fordert der Tech-Milliardär in Bezug auf den Transhumanismus nicht nur die Möglichkeit von Geschlechterwechseln, sondern auch die Veränderung des menschlichen Gehirns. Thiel wolle demnach die totale Transformation. Auf die Frage, ob die Menschheit überleben solle, habe er so sehr mit seiner Antwort geögert, dass es dem Moderator spürbar unangenehm wurde. (kmü)

WOHNUNGSNEUBAU BRICHT EIN

Berlin/DW. Wie *Bild* am 17. Juli 2025 mit Verweis auf Branchenanalyst Bulwiengesa und dem Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) berichtete, bricht der Wohnungsbau in Deutschland weiter ein. Demnach sank die Zahl der Baustarts von Wohnprojekten zwischen dem Hochstand Ende 2022 und der Jahresmitte 2025 um 85 Prozent. »Deutschland schiebt eine Bau-Bugwelle an nicht realisierten Projekten vor sich her«, so BFW-Präsident Salewski. (kmü)

Antifa und ÖRR sei Dank: AfD immer stärker

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, wie viel absurder kann es in unserem Land noch werden? Das zwangsfinanzierte Staatsfernsehen erreichte mit dem *ARD-Sommerinterview* mit Alice Weidel nun einen neuen Tiefpunkt und offenbarte einmal mehr, für wie dumm man die eigenen Zuschauer hält.

Das Gespräch von Moderator Markus Preiß mit der AfD-Co-Vorsitzenden am vergangenen Sonntag auf der Terrasse des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses im Berliner Regierungsviertel wurde massiv von der Antifa beeinträchtigt. Ein paar »Omas gegen rechts« und andere Demokratiefeinde hatten sich vor Ort versammelt, um Lärm zu machen. Mithilfe des sogenannten Adenauerbusses, auf dessen Dach Lautsprecher befestigt waren, wurde mit extrem lauter Musik das Interview so sehr gestört, dass Alice Weidel teilweise Probleme hatte, ihr eigenes Wort zu verstehen. Was sich dort mit Blick auf das Reichstagsgebäude abspielte, war bizarr und warf schnell die Fragen auf, warum der Sender trotz neun Milliarden Euro Gebühren der Störgeräusche nicht technisch runterdrosselte, was eine Leichtigkeit gewesen wäre, oder das Interview alternativ nicht einfach in einen Innenraum verlegte? Da technische Unfähigkeit auszuschließen ist, liegt die Antwort auf der Hand.

Als wäre das nicht alles schon peinlich und schlimm genug, setzte der Sender in der anschließenden *Tagesschau* noch einen obendrauf. Ein Einspieler über das Interview begann mit der Liedzeile »Scheiß AfD«, die aus dem Bus schallte. In derselben Sendung kam auch nochmals Fragensteller Preiß zu Wort und sprach von einem Interview »unter verschärften Bedingungen«, schließlich – Achtung – »fließt natürlich die Spree vorbei« und »da gibt es immer mal wieder Geräusche«. Ich finde, er sollte es künftig mal als Comedian versuchen. Das Potenzial dafür ist wohl vorhanden.

Dass die Berliner Polizei vor Ort nicht eingegriffen hatte, dürfte im Deutschland 2025 nur noch wenige wirklich verwundern. Obwohl die Versammlung der Störer nicht angemeldet war und der Lautsprecher-Bus im absoluten Halteverbot stand, verhielten sich die Regimehelfer ähnlich zurückhaltend wie einst bei den Corona-Demonstrationen. Ups, pardon, da muss ich was verwechselt haben. Ein an der Aktion beteiligter Aktivist sprach hinterher in einem Podcast von *Bild*-Mann Paul Ronzheimer jedenfalls

davon, dass die Polizei mit im Boot gewesen sein soll und erklärte: »[...] wir sind – ich will da jetzt keine Details nennen – aber in enger Absprache natürlich mit der Berliner Polizei auch in Kontakt getreten und konnten dort eigentlich machen, was wir vorhatten.« Behauptungen, die von der Berliner Polizei dementiert wurden: Es habe vor der Aktion keinerlei Kontakte mit den Aktivisten gegeben, hieß es. Ja, ist klar.

NAZI-METHODEN

Schon die Nazis setzten einst Lautsprecher und andere technische Mittel gegen ihre Gegner ein. Geschichte wiederholt sich. Nicht nur dank des italienischen Schriftstellers Ignazio Silone wissen wir: »Der neue Faschismus wird nicht sagen: Ich bin der Faschismus. Er wird sagen: Ich bin der Antifaschismus.« Durch die »Nebengeräusche« gerieten die Aussagen der trotz der schwierigen Lage völlig souverän auftretenden Alice Weidel beim Interview in den Hintergrund. Unterm Strich bleibt festzuhalten, dass sie mit keiner einzigen Aussage, so trefend und überzeugend diese auch waren, so sehr punkten konnte, wie mit den von den Störern und der *ARD* verursachten äußeren Umständen. Was für ein schönes Eigentor! Fortsetzung folgt – garantiert. Daran ändern auch die Aussagen von CDU-Generalsekretär Linnemann nichts. Dem war nämlich im Gegensatz zu den Verursachern der Störaktion, wie er in der *RTL-/ntv*-Sendung *Frühstart* erklärte, völlig klar: »Wenn man die AfD stark machen will, soll man ruhig solche Interviews stören.« Dieser Linnemann ist schon ein kluges Köpfchen. Und er ist offensichtlich imstande, Umfragen zu lesen. Laut einer neuen Forsa-Umfrage vom 22. Juli liegen Union und AfD mit jeweils 25 Prozent gleichauf. Die Blauen sind somit nicht nur stärkste Partei, sondern bereits so stark wie SPD und Grüne zusammen. Linnemann prangerte in seinem Interview mit *ntv* übrigens an, dass Alice Weidel nicht in der Lage gewesen sei, drei Dinge zu nennen, die gut in Deutschland laufen. Leider fragte der Moderator nicht nach, ob Linnemann denn dazu in der Lage sei. Seine Antwort hätte mich sehr interessiert.

Während im Netz bereits eifrig diskutiert wurde, wo das nächste Sommerinterview mit Alice Weidel stattfinden soll – etwa in der Fankurve eines vollbesetzten Fußballstadions, auf einer Start- und Landebahn für Düsenjets oder auf einer Baustelle neben einer Schlagbohrmaschine – freuten sich die



Volkswirtin und AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel im *ARD-Sommerinterview* im Regierungsviertel am 20. Juli 2025 mit 15 geräuschvollen Gegendemonstranten im Hintergrund. Foto: DW-Bildschirmfoto / ARD

Altmedien über eine vermeintliche Ausladung Alice Weidels. Hintergrund: Am Montagabend war Vicky Leandros bei den Schlossfestspielen von Fürstin Gloria von Thurn und Taxis in Regensburg aufgetreten. Im Vorfeld hatte die abgehalfterte Schlagersängerin klargemacht, dass sie die AfD-Co-Vorsitzende nicht im Publikum haben wolle: »Alice Weidel ist bei meinem Konzert nicht willkommen.« Daraufhin berichteten unter anderem *Bild* und *Frankfurter Rundschau* über eine Ausladung der AfD-Chefin. Gegenüber *n15* stellte Fürstin Gloria von Thurn und Taxis jedoch klar, dass niemand eingeladen worden sei. Bei einem Telefonat mit Leandros habe sie »gemerkt, es hat gar keinen Sinn, mit der zu reden. Die ist so verboht. Und wir hatten sowieso keinen Bock auf das Konzert.« Und sie machte klar: »Wer meine Gäste beleidigt, beleidigt mich.« Leandros habe sich »daneben benommen«. Statt sich deren Konzert anzusehen, verbrachten Thurn und Taxis und Weidel im Schloss »einen herrlichen Abend. Es war sehr fröhlich. Frau Dr. Weidel hat sich sehr wohlgefühlt bei uns«, so die Gastgeberin weiter. Und gegenüber der *dpa* legte sie noch nach: »Der Wirbel zeigt sehr schön, wie es um die Meinungsfreiheit in unserem Land bestellt ist ...«

PERFIDER PLAN DER SPD?

Und die neuen Umfragewerte zeigen: Aus Sicht der Altparteien wird es allerhöchste Zeit für ein AfD-Verbot. Prompt sind wir wieder bei der zuletzt gescheiterten Richterwahl um

Frauke Brosius-Gersdorf (DW berichtete). In Anbetracht der zunehmend in die Bedeutungslosigkeit versinkenden SPD musste ich herzlich über eine *Bild*-Schlagzeile am 20. Juli lachen, die lautete: »Klingbeil verlangt Wiederholung der Richterwahl«. Ja, mit ihm und Merz haben sich zwei gesucht und gefunden. Wie schön, dass nun mit der *Berliner Zeitung* auch ein Altmedium, das in den vergangenen Monaten schon einige Male positiv aufgefallen ist, mit Verweis auf Verfassungsrechtler Josef Franz Lindner, Professor für Rechtswissenschaften an der Universität Augsburg, und dessen Posting auf X vom 17. Juli über einen möglichen sehr perfiden Plan der SPD berichtet: Kommen die SPD-Richterkandidatinnen, die sich längst öffentlich positiv zu einem Verbotverfahren geäußert haben, durch, könnte mithilfe des Bundesverfassungsgerichts die AfD verboten werden. Rot-rot-grün hätte dann die Mehrheit im Parlament, Merz und seine Union wären am Ende, Klingbeil per »konstruktivem Misstrauensvotum« neuer Kanzler. Und das alles ohne lästige Neuwahlen. Und beim nächsten regulären Wahltermin 2029 »hätte das Linksbündnis wenig zu befürchten«, so Lindner. »Denn die AfD wäre ausgeschaltet und eine neue Partei im nicht linken Spektrum [...] so schnell nicht aufgebaut.« Ist es nicht toll, was in einer »Demokratie« so alles möglich ist?



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

TOP 30 IN DER 160. WOCHEN DER MEDIENWACHEN
LEUCHTTURMARD.DE UND NICHTOHNEUNTS.DE

AMBERG: Donnerstag 10.00 • BR, Passauer • Mühlgasse 2
AUGSBURG: Samstag 17.00 • BR, Aug.Allg. • Friedensdemo Plärrer
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBERN - A: Donnerstag ab 14.00 • ORF Vorarlberg/Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
FÜSSEN: Freitag 16.00 • Allgäuer Zeitung • Stadtbrunnen
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio
• Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau
• Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus
• Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional Bismarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
LANDAU: Donnerstag 15.30 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUNEN: Samstag 15.00 • MDR Regional • Postplatz 5
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING - A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00
• NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
VERNON - CA: Saturday 12pm • CIC, F Radio • Freedom Rally
WIESBADEN: Samstag 19.30 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
LANDSHUT: Donnerstag 17.15 • BR Regional • Altstadt 75
WÜRZBURG: Samstag 11.00 • BR Regional • Eichhornstr.
ZELTWEG - A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

REGIO-AUSWAHL der Montagsspaziergänge für Montag,
28. Juli 2025 | Termine NichtOhneuns.de

ALTLANDESBURG, 18 Uhr, am Rathaus • ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus • ALTMÜNSTER, 18 Uhr, am Marktplatz
• BABENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus • BACKNANG, 18:30 Uhr, am Obstmarkt • BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke • BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 • CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus • CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus • DARMSTADT, 18 Uhr, am Luisenplatz • DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus • DORMAGEN, 18 Uhr, am Rathaus • ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus • EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus • FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus • FÜRSTENFELDBRUCK, 18 Uhr, am Volksfestplatz • GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus • GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm • HAFFKRUG, 18 Uhr, an der Seebücke • HALDENLEBEN, 18 Uhr, am Marktplatz • HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt • ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus • INGOLSTADT, 18 Uhr, am Paradeplatz • JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus • KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus • KUSTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus • LAMSPRINGE, 18 Uhr, am Marktplatz • LAUBURG, 18 Uhr, am Rathaus • LICHTENFELS, 18 Uhr, am Marktplatz • MAGDALA, 18 Uhr, am Rathaus • NAILA, 18:30 Uhr, am Rathaus.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!



ÜBER 700 MOTIVE!

GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINEN DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 26.7.25 14-15 Uhr	Hamburg, im Stadtpark am Pinguinbrunnen	Spaziergang
Sa, 26.7.25 18-19 Uhr	Plauen, am Landratsamt	Friedensmahnwache
Mo, 28.7.25 19:20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-19 Uhr	Bad Oeynhausen, Auferstehungskirche	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-19:30 Uhr	Bamberg, am Bahnhof	Spaziergang
Mo, 28.7.25 19-20 Uhr	Belgern, auf dem Markt	Mahnwache
Mo, 28.7.25 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-19 Uhr	Berlin-Pankow, an der Kirche auf dem Anger	Spaziergang
Mo, 28.7.25 12-14 Uhr	Berlin, am Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 28.7.25 18-20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-20 Uhr	Cottbus, vor der Stadthalle	Spaziergang
Mo, 28.7.25 19-20 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 28.7.25 19-20 Uhr	Dülmen, Marktstrasse 33	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-19 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 28.7.25 18-19:30 Uhr	Falkensee, am Gutspark 1	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18:45-21 Uhr	Feucht, Altdorfer Str., am Schneckenbrunnen	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18:30-20 Uhr	Frankfurt am Main, Konstabler Wache	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18:30-19:30 Uhr	Gifhorn, am Ceka Brunnen/Steinweg 57	Spaziergang
Mo, 28.7.25 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 28.7.25 19-20 Uhr	Halberstadt, auf dem Domplatz	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 28.7.25 19-20 Uhr	Hildburghausen, an der Wacholderschänke	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-19 Uhr	Höxter, Historisches Rathaus	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-19 Uhr	Landshut, am Landtorplatz	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18:30-19:45 Uhr	Naila, am Marktplatz bei der Kirche	Spaziergang
Mo, 28.7.25 19:30-20 Uhr	Neustrelitz, am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.7.25 19:20:30 Uhr	Neubrandenburg, am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-20 Uhr	Norheim, an der alten Wache	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-19 Uhr	Magdeburg, am Ullichplatz	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18:30-20 Uhr	Malchow, Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 28.7.25 17-18 Uhr	Plauen, am Wendedenkmal	Friedensmahnwache
Mo, 28.7.25 18-19:30 Uhr	Parchim, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-19 Uhr	Rottweil, »am schwarzen Tor«	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18:30-19:30 Uhr	Schlüchtern, Parkplatz Feuerwehr/Kiosk Bäcker Hopp	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-19 Uhr	Schmölln, am Brunnen auf dem Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18-19:30 Uhr	Teterow, am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, am Latschariplatz	Spaziergang
Mo, 28.7.25 18:30-20 Uhr	Waren, Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 28.7.25 19:20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Di, 29.7.25 9-15 Uhr	Berlin, am Gendarmenmarkt 5	Mahnwache
Di, 29.7.25 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Do, 31.7.25 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 31.7.25 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 31.7.25 18-19 Uhr	Demmin, am Marienhain	Spaziergang
Do, 31.7.25 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Fr, 1.8.25 19-20 Uhr	Bad Königshofen, Tuchbleiche	Spaziergang
Sa, 2.8.2025 13-18 Uhr	Berlin, am Brandenburger Tor	Umzug
Sa, 2.8.25 14-16 Uhr	Freiburg, am Konzerthaus gegenüber vom HBF	Friedenslauf



Montagsspaziergang in Hannover am 21. Juli 2025. Foto: Freier Schneemann / Petra Pan / Wirtschaftswunder 4.1 / DEMOS Deutschland



QUERDENKER GERICHTSHOF

ZEITUNG FÜR FRITSCH

KOLUMNE FÜR KARL HILZ,
den verstorbenen Gründer
der Polizisten für Aufklärung e.V.

»Hallo (...) hier ist Andrea, wollte mich mal bei Euch rühren. Ich hatte Euch, als dieser Bericht [zur Verleihung des Preises der Republik] erschien, mit einer ausführlichen Sprachnachricht bei Euch bedankt. (...) Ihr druckt immer wieder Fotos von Amberg ab, vielen herzlichen Dank dafür. Meine Amberger und auch ich, freuen uns und hoffen (...) auf einen Besuch von Euch. Ich liebe Eure Art zu reden! (...) Ich möchte eine Bitte an Euch herantragen. Ich schreibe mit Michael Fritsch, der ja bekanntlich in Weiterstadt seit reichlich 2 1/2 Jahren in U-Haft festgehalten wird. Er schrieb mir, dass über ihn auch einmal im Demokratischen Widerstand ein Bericht abgedruckt war, und das man ihm bei der Hausdurchsuchung die Zeitung weggenommen hat. Ich würde ihn gern überraschen und ihm diese Ausgabe gern schenken, wenn er wieder in Freiheit ist. Habt ihr noch ein Exemplar? Leider weiß ich nicht, wann die Ausgabe war. Wäre schön von euch zu hören! (...) Liebe Grüße Andrea.« - Diese Nachricht erreichte den Journalisten Anselm Lenz auf der Kurzbriefplattform Telegram, wo wir leider nicht alle Nachrichten lesen können, weil viel zu viele kommen. Wir bräuchten dafür ein eigenes tägliches »Telegram-Sekretariat«, das wir schlicht nicht finanzieren könnten. Aber diese Nachricht nahmen wir wahr.

Zum geschätzten Michael Fritsch, den Polizisten, der sich gegen das terroristische Regime engagierte und dafür aus zutiefst boshafter Rachsucht krimineller Politiker und Staatsmitarbeiter - die wir alle mit durchschleppen: Wir senden Fritsch jede Woche diese Zeitung hinter die »schwedischen Gardinen«. Zuletzt wurde uns aber die Ausgabe DW220 von einem Beamten zurückgesendet mit dem Hinweis, die Zeitung entspreche nicht einer persönlichen Korrespondenz. In anderen Fällen funktionierte die Zustellung in den Knast mit Zeitverzögerung (schließlich müssen die Beamten auch mal eine gute Lektüre haben), aber zuverlässig. Fritsch ist immer wieder Teil der Berichterstattung, war 2020 und 2021 ein Interviewpartner dieser Zeitung. Andere Zeitungen werben sogar mit Unterstützer-Abos für Gefängnis-Insassen. Wir kümmern uns drum, geschätzte Andrea! (ale)

Andere Demokraten sitzen aber immer noch in Haft. Sie alle freuen sich über Post, aber Obacht, Beamte lesen mit:

- Justizvollzugsanstalt Rosdorf, Dr. Reiner FÜLLMICH, Am großen Sieke 8, 37124 Göttingen. Vorwurf des Regimes: Siehe Berichterstattung
- Justizvollzugsanstalt Stammheim, Ralf SCHLATTER, Asperger Straße 60, 70439 Stuttgart-Stammheim. Vorwurf des Regimes: S.H.A.E.F.
- Justizvollzugsanstalt Schwäbisch-Hall, Gerhard WEIHBRECHT, Kolpingstraße 1, 74523 Schwäbisch Hall. Vorwurf des Regimes: Gesinnung
- Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main 1, Maximilian Eder, Obere Kreuzäckerstr. 6, 60435 Frankfurt, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Sehnde, Michael FRITSCH, Vor den Löserbecken 4, 64331 Weiterstadt, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Koblenz, Dr. Dorothea THUL, Simmerenerstraße 14a, 65075 Koblenz, fingierter Vorwurf des Regimes: Volksverhetzung
- Justizvollzugsanstalt Stammheim, Rüdiger von PESCATORE, Asperger Straße 60, 70439 Stammheim, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Stammheim, Andreas MEYER, Asperger Straße 60, 70439 Stammheim, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Frankfurt/M. III, Johanna FINDEISEN, Obere Kreuzäckerstraße 4, 60435 Frankfurt am Main, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Justizvollzugsanstalt Mannheim, Dr. Jürgen PETERS (-? Siehe Seite 8 Leserbrief), Herzogenriethstr. 11, 68169 Mannheim, fingierte Vorwürfe des Regimes: Ausstellen von Maskenattesten, Verschreibung von Cannabis an Patienten
- Justizvollzugsanstalt Stammheim, Frank ALLWERT, Asperger Straße 60, 70439 Stuttgart-Stammheim. Vorwurf des Regimes: Ausgangspunkt waren drei E-Mails an Justizministerin Christine Lambrecht (SPD)

Man will ihn fertig machen

Zum letzten Verhandlungstag des Mammutprozesses gegen den Michael Ballweg in Stuttgart | Von Hendrik Sodenkamp

Es ist der letzte Verhandlungstag in Stuttgart. Am Dienstag, den 22. Juli 2025 wurden im Verfahren gegen Michael Ballweg im Landgericht Stuttgart die letzten Beweismittel eingebracht und die Abschlussplädoyers gehalten. Am Donnerstag, den 31. Juli 2025 wird ab 10 Uhr das Urteil verkündet. Man kann getrost mit einem Freispruch rechnen.

Das Gericht grüßt auch am 34. Verhandlungstag, am 22. Juli gegen den Unternehmer und erfolgreichen Demoorganisator Michael Ballweg mit Einlasskontrollen und Leibesvisitationen. Die rund 20 Prozessbeobachter aus der Friedens- und Demokratiebewegung, die dem Verfahren von seinem Beginn am 2. Oktober 2024 bewohnen, sind es augenscheinlich gewohnt. Und auch die Wächter der Justiz kennen mittlerweile offensichtlich die Besucher. Hier und da wird ein Gruß ausgetauscht, da ein entschuldigendes Wort von einem Beamten gesagt: »Naja, wir haben hier auch ganz andere Kaliber im Haus«, sagt einer an der zweiten Sicherheitsschleuse direkt vor dem Gerichtssaal, wo sämtliche Gegenstände abgegeben werden müssen. Augenscheinlich hat man hier in Stuttgart wenigstens ein Gefühl dafür, dass es überzogen ist, was hier mit den Demokraten gemacht wird. Ein anderer Wind als in Berliner Gerichten.

ABSURDE MASSNAHMEN

Dennoch geht es erst nach einer zweiten Leibesvisitation in den Gerichtssaal. Michael Ballweg kommt mit seinem Anwaltsteam: mit Querdenker-Anwalt Ralf Ludwig, Dr. Reinhard Löffler, CDU-Landtagsabgeordneter im Landtag Baden-Württemberg, dem Berliner Anwalt Gregor Samimi und dem Anwalt Hans Böhme, der Ballwegs Firma, die Media Access GmbH vertritt. Es ist voll im Saal. Neben den demokratischen Prozessbeobachtern sind ein paar Journalisten da und eine Schulklassen von Sechzehn- bis Achtzehnjährigen. Ein Schüler habe diesen Termin als Ziel des Klassenausfluges vorgeschlagen, so der Lehrer, und alle seien begeistert gewesen. Michael Ballweg ist anscheinend überaus bekannt und von großem Interesse. Auf der Staatsanwaltschaftsbank nehmen die Vertreter der Staatsmacht Platz. Beide ziemlich jung. Sie, Franziska Gräfe, der Typ smarte Karrierefrau. Er, Niklas Eisele, sportlich, aber mit Topfschnitt. Auf dem Flur sitzend hatte ich sie wegen seines Auftretens mit weißem Hemd, der weißen Krawatte und eben diesem Topfschnitt noch für Teilnehmer eines Sektenprozesses gehalten. Dieser Topfschnitt beschäftigt mich tatsächlich eine ganze Zeit lang, bis die Richterin mit Schöffnen den Gerichtssaal betritt, die demokratischen Prozessbeobachter sich routiniert erheben, und dann von der Richterin gebeten werden, wieder Platz zu nehmen. »Die Sprache der Haare« (P. P. Pasolini) sagt auch: »Ich scheiße auf eure Regeln des Geschmacks. Ich stehe darüber.« – So die Haare der Macht. Es geht dadaistisch los. Über 15 Minuten lang liest die Richterin Excel-Tabellen mit Zahlenkolonnen vor. »D E dreifünfzweiebdreifündneunzweiebfünfdreifünfsiebenachtfünf ...«. Es sind Spalten, Zeilen, Zahlen. Unendlich viele Zahlen, die aus der Kommunikation von Michael Ballweg mit seinem Steuerberater stammen. Um Belege, die er für Querdenken-711

noch nachreichen muss, um eine ordentliche Steuererklärung machen zu können. »Siebenkommadreisieben, zweiachtkommadreiun, fünfneundreikommazweifünf ...«. Ein Dokument also, das belegt, dass Michael Ballweg seine Steuererklärung machen wollte, so Ballwegs Anwalt Ralf Ludwig. Und weiter: »Diese Lesung hätte uns erspart werden können, wenn Michael Ballweg nicht verhaftet worden wäre.« Denn am Tag seiner Verhaftung war ein Termin mit seinem Steuerberater für die Steuererklärung für Querdenken angesetzt gewesen. »D E siebenfünfeundreisiebenachtneundnullnullfünfdreiechsnulfünfnulldreiechseben« Später wird die Staatsanwaltschaft erneut behaupten, Ballweg hätte keine Steuererklärung machen, sondern sich nach Costa Rica absetzen wollen. Die Richterin liest außerdem noch eine lange Liste mit Spenden vor, die Ballweg zurückerstattet hatte, da diese mit einem Verwendungszweck versehen waren, den er nicht hätte einhalten können: »Weiterleitung an Unicef«, »Spendenbescheinigung oder Rücküberweisung« und ähnliches.

STAATSMACHT SETZT AUF YOUTUBE-SCHNIPSEL

Dann: Der »schlagende« und finale Beweis der Staatsanwaltschaft. Ein Youtube-Clip. Michael Ballweg im Gespräch mit Ignaz Baerth, in dem er sagt, er wolle möglichst wenig Steuern zahlen und würde dafür auch vor Gericht gehen. Also: Dokumente auf der einen Seite. Youtube-Schnipsel auf der anderen. Das wird sich auch in den Plädoyers durchziehen, die nach einer kurzen Pause starten.

Die Staatsanwaltschaft beginnt mit einem 30-minütigen Vortrag, der sich weniger nach Abschlussplädoyer anhört, denn als ein Skript für eine aktuelle *True-Crime*-Serie auf Netflix. Irgendwo in der Nähe von Tiger King. Nach der Spendensammlung für den abgebrannten LKW in Stuttgart habe man gemerkt, dass hier viel Geld zu holen sei – eine Story, die von Martin LeJeune bei *T-Online* in die Welt gesetzt worden war, und die hier in eine Anklageschrift Eingang fand. Ballweg habe Gelder in Krypto-Währungen »verschoben«, in »Hoch-Risiko-Anlagen« und dort »verzockt« (O-Ton). Da wird von Kosten für die Kürzung einer Wanderhose gesprochen, die Ballweg »für sich persönlich« habe machen lassen. Das schien der Staatsanwaltschaft erwähnenswert, um dann drei Jahre Haft zu fordern. Ballweg sei bei seiner Verhaftung auf dem Sprung nach Costa Rica gewesen, um sich dorthin abzusetzen, und um niemals seine Steuern zu zahlen. Belege werden keine genannt. Es ist *Storytelling*. Richtig war: Ballweg hatte für die Zeit nach seinem Hausverkauf eine Reise innerhalb Deutschlands geplant, bei Freunden und Mitstreitern aus der Demokratie- und Friedensbewegung. Am 9. Mai 2025 wollte er zu DW-Herausgeber Anselm Lenz nach Stettin kommen. Nichts also mit »Costa Rica«, Südsee und Steuerparadies.

Im Abschlussplädoyer der Staatsanwaltschaft ist für die Justiz der BRD neu: Ballwegs Anwälte werden direkt angegriffen. Und die Richter. Ralf Ludwig sei als Querdenken-Anwalt selber irgendwie verstrickt, Ballwegs CDU Anwalt Dr. Löffler habe sich »einspannen« und instrumentalisieren lassen, wo er doch ein Organ der Rechtspflege sein solle. Und ja, selbst die Richterin und ihre zwei Kollegen, die gesamte Kammer wird von der Staatsanwaltschaft angegriffen. Beim Plädoyer guckt die

Staatsanwaltschaft immer wieder ins Publikum. Nicht hinter der Richterbank sitzen ihre Adressaten, sondern im Zuschauerraum. Da sind wohl nicht die Demokraten gemeint, die hier den Prozess beobachten und unter denen die Köpfe bei diesem Text wiederholt und deutlich geschüttelt werden. Also die Demokraten, die Ballweg Geld gespendet hatten – und deren Interessen die Staatsanwaltschaft mit dem Vorwurf des Betrugs zu schützen vorgibt. Nein, es sind wohl die Medienvertreter gemeint, die heute einmal in den Prozess gekommen sind und die von der Beweisführung wenig bis nichts mitbekommen haben.

»KEIN POLITISCHES VERFAHREN«?

Das ist auch deshalb wichtig, weil die Staatsanwaltschaft in diesem performativen Widerspruch behauptet, Ballweg und seine Anwälte hätten eine Polit-Show machen wollen, sie jedoch Ballweg als »ganz normalen Angeklagten« behandelt. Es scheint, als habe die Staatsanwaltschaft diese Verhandlungsrunde bereits aufgegeben, so Ballwegs Anwälte später. Und auch ich habe den Eindruck, hier einer Presseerklärung beizuwohnen, die vorbereiten soll, dass man in die nächste Runde gehen werde. Unter anderem bei der *dpa* und in der *Stuttgarter Zeitung* findet man im Nachgang Versatzstücke aus diesem Vortrag wieder. Drei Jahre Haft fordern sie am Schluss. – Und das von einer Staatsanwaltschaft, die noch vor wenigen Wochen nach den Bedingungen für die Einstellung des Verfahrens gefragt hatte. Zwei Jahre für Betrug und dann noch für die Steuerhinterziehung: ein Jahr hier, ein halbes Jahr dort und dort und dort und dort. Aber im gönnerhaften Gestus im Sinne »man sei ja kein Unmensch«, kommt die Staatsanwaltschaft final auf drei Jahre. Und Ballweg solle noch Hunderttausende Euros zahlen.

Ballweg sitzt während dieses Vortrages mit geschlossenen Augen, zurückgelehnt auf seinem Stuhl, den Kopf so weit nach hinten gestreckt, wie es nur geht, um Abstand zu diesen Worten zu gewinnen. Er scheint meditieren zu wollen. Ich kann nicht abschätzen, ob ihm das bei dem Vortrag, der ihn in den düstersten Farben zeichnete, zur Gänze gelang. – Es geht in die Pause. Die Schulklassen meint, jetzt habe sie ja genug gehört. Im Rausgang sagt eine Schülerin murmelnd: »Also intelligent ist er ja«. Die Strategie Mistschleuder hat also anscheinend funktioniert. *True-Crime* funktioniert ja auch auf Netflix.

LÜCKENHAFFE DOKUMENTATION

Ich werde von den demokratischen Prozessbeobachtern in Empfang genommen. Deren Einschätzung: Man habe jetzt seit Oktober 2024 diesen Prozess jeden einzelnen Verhandlungstag beobachtet. Ganze 43 Sitzungen. Und die Staatsanwaltschaft habe niemals Beweise vorgelegt für ihre Behauptungen. Nach und nach hätten die Anwälte Ballwegs die Anklagepunkte widerlegt. Die Beobachter hatten selber Geld gespendet. Man sei auch offen für Argumente und Beweise der Staatsanwaltschaft gewesen. Aber da seien eben keine gekommen. Es sei kein politischer Prozess gewesen, hatte die Staatsanwaltschaft in ihrem Abschlussplädoyer gesagt, und sie hatten gelacht. Die Staatsanwaltschaft habe in ihrer Rede so getan, als ob es das gesamte Verfahren, die 42 vorangegangenen Prozesstage



Michael Ballweg am 22. Juli 2025. Foto: Videostill, Youtube/Jaworskis

überhaupt nicht gegeben habe, so die Beobachter. Man habe nun zum zweiten Mal die Anklageschrift gehört. Und: Das sei für die Mainstream-Presse gewesen. Die sei nur beim Prozessbeginn, bei der Ankündigung des Gerichts im März 2025 das Verfahren einstellen zu wollen, und heute da gewesen.

Nach der Pause geht es mit den Abschlussplädoyers von Ballwegs Seite weiter. Vor mir schreibt ein Journalist, wohl von der *dpa*, bereits an seinem Text. Die Überschrift auf seinem Bildschirm: »Blamiert sich die Staatsanwaltschaft im Ballweg-Verfahren?« – Die Überschrift wird später nicht mehr aufzufinden sein. Ballwegs Anwalt Dr. Löffler beginnt und betont den Einsatz von Ballweg für die Demokratie und den Rechtsstaat in Deutschland. Zum Abschlussplädoyer der Staatsanwaltschaft: »Im Vergleich zu ihren Mutmaßungen, Unterstellungen und Annahmen sind Grimms Märchen eine Enzyklopädie der Wissenschaft.« Gregor Samimi bedankt sich bei der Richterin, dass sie hier ein faires Verfahren möglich gemacht habe. Die Forderung: Freispruch, Entschädigung, das volle Programm. Dem schließt sich auch Ralf Ludwig an, der noch einmal betont: Sie, also Ballweg und seine Anwälte, hätten hier kein politisches Verfahren betrieben, mit großen Stellungnahmen, Reden an die Menschheit usw., sondern sich stattdessen an Beweise, Dokumente und das juristische Handwerkzeug gehalten. Wichtig sei ihm auch in Hinsicht auf eine Haftentschädigung Ballwegs (zur Erinnerung: Neun Monate Stammheim), dass dieser beim Haftrichter über sechs Stunden an die Gerichtsmöbel gefesselt worden sei. Hans Böhme, der Ballwegs Firma Media Access GmbH vertritt, deren Mittel seit Ballwegs Verhaftung im Jahr 2022 eingefroren sind, betont: Freispruch zum Vorwurf des Betrugs und endlich: Freigabe der Konten. Michael Ballweg hat das letzte Wort und das richtet er an die Richterin: »Es sind die Außenseiter, die die Welt verändern, und die einen echten und bleibenden Unterschied machen.«

RICHTER UNTER DRUCK

Die Richterin und ihre zwei Kollegen setzt den Verhandlungstermin am 24. Juli 2025 aus. Urteilsverkündung sei am 31. Juli 2025. Ballwegs Worte werden auch persönlich an sie gerichtet sein. Aus der Verhandlung wurde klar: Hinter der Staatsanwaltschaft und dem Finanzamt steht auch die Landesregierung von Baden-Württemberg, also Winfried Kretschmann von den Grünen, der sich mit dem harten Coronaregime schuldig gemacht hat. Die Staatsanwaltschaft hatte einen Befangenheitsantrag gegen die gesamte Kammer gestellt, nachdem diese im März 2025 die Einstellung des Verfahrens anregte – und waren damit gescheitert. Die Staatsanwälte hatten ebenfalls angekündigt, man werde in Revision gehen. Also bevor überhaupt ein Urteil feststeht. Für Ballweg bedeutete das, dass dieses unsägliche Verfahren in die nächste Runde geht und er weiterhin von der Staatsmacht in juristischer Zwangsarbeit gehalten wird. Das bedeutet auch: Weitere Gerichts- und Anwaltskosten. Offensichtlich will man Ballweg fertig machen. Dennoch: Vor diesem Gericht kann man nach diesem Verfahren mit einem Freispruch rechnen. Am 31. Juli 2025 geht es um 10 Uhr los.

(Letztes Wort Ballweg © Seite 14)

Leuchtturm mit Widerspruch

Kabarettistin und Autorin LISA FITZ spricht im Interview mit Jimmy Gerum von den Medienmahnwachen »Leuchtturm ARD« (siehe Seite 6) über ihre Motivation, sich zu engagieren.

Frau Fitz, warum haben Sie sich am Forum LeuchtturmARD.de beteiligt?

Fitz: Weil ich mir Sorgen mache. Und weil ich mir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht von innen aushöhlen lassen will – weder durch Parteibuch-Journalismus noch durch ökonomische Feigheit. Ich bin Gründungsmitglied beim »Bund der Rundfunkbeitragszahler e.V.«, weil ich finde, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk zu wichtig ist, um ihn nur den Gremien zu überlassen. Er gehört allen – aber momentan spricht er nicht mehr für alle.

Welche Defizite sehen Sie beim Thema Meinungsvielfalt?

Fitz: Ich beobachte eine zunehmende Verengung des Meinungskorridors. Bestimmte Positionen kommen gar nicht mehr vor oder werden reflexartig delegitimiert. Das betrifft nicht nur Außenseitermeinungen, sondern oft auch ganz vernünftige, abwägende Stimmen – etwa zu Friedenspolitik, Impfpflicht, Energiefragen oder Migration. Wenn ein Medium aber nur noch die Schattierungen einer Haltung abbildet, statt das ganze Meinungsspektrum, dann verlieren wir Öffentlichkeit im besten Sinn. Und wer sich nicht mehr wiederfindet, wandert ab – zu fragwürdigen Quellen. Genau das erleben wir gerade.

Was vermissen Sie bei unserem Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk?

Fitz: Mut zur Reibung. Eine echte Streitkultur. Und vor allem: journalistische Neugierde. Stattdessen sehe ich zu oft Haltungspädagogik. Es fehlt das Vertrauen, dass Bürgerinnen und Bürger sehr wohl mit Widerspruch umgehen können – sogar mit unbequemen Gedanken. Was ich auch vermisse: Selbstkritik. Die Debatte über Fehler, Einseitigkeiten, politische Nähe – sie müsste innerhalb der Sender viel offener geführt werden. Aber da kommt wenig. Und das macht misstrauisch.

Welchen ÖRR der Zukunft wünschen Sie sich?

Fitz: Einen Rundfunk, der sich als freier Platz für alle versteht. Der keiner Agenda folgt, sondern dem Grundsatz: »Zuerst die Aufklärung, dann das Urteil.« Ich wünsche mir Journalisten, die Widerspruch nicht fürchten, sondern fördern. Ich wünsche mir



Lisa Fitz gilt als angesehenste lebende deutsche Kabarettistin. Sie ist Trägerin des Bayerischen Verdienstordens. Mit ihren Programmen begeistert sie seit Jahrzehnten ihr Publikum in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Fitz ist mit dem Soloprogramm Avanti Dilettanti auf Tour. Der aktuelle Song »Der Journalist« ist auf Youtube zu hören; Tourdaten, Fotos, PR Text & News siehe www.lisafitz.de. Auf dem Bild: Lisa Fitz bei einem Auftritt als Musikerin, Sängerin und Kabarettistin im Schweizer Fernsehen im Jahr 1974. Foto: Lerche48/Bildschirmfoto

mutige Redaktionen, die nicht mit Zensur, sondern mit Transparenz arbeiten. Und ich wünsche mir Intendanten, die sich weniger mit Imagepflege beschäftigen, sondern mit Programmqualität – und mit der Frage: Wer hört uns noch zu? Und warum – oder warum nicht mehr?

»INTENDANTEN, DIE SICH WENIGER MIT IMAGE-PFLEGE BESCHÄFTIGEN«

Welchen Einfluss hat die mangelnde Meinungsvielfalt auf die europäische Friedensordnung?

Fitz: Einen gewaltigen. Denn wenn der mediale Diskurs zur Einbahnstraße wird, verengt sich auch der politische Spielraum. Diplomatie lebt von Perspektivwechsel, nicht von Feindbildern.

Wer aber nur noch »Putin-Versteher« ruft, sobald jemand nach Ursachen fragt, der verspielt friedenspolitische Kompetenz.

Medien beeinflussen das Denken ganzer Gesellschaften. Wenn sie nur noch Schwarz-Weiß malen, wird auch außenpolitisch nur noch in Drohnen und Sanktionen gedacht. Und das ist brandgefährlich – für Europa, für die Welt, und letztlich auch für unsere Demokratie.

Redaktioneller Hinweis:

Am 1. Oktober 2025 um 10 Uhr wird das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die Frage behandeln, inwieweit der öffentlich-rechtliche Rundfunk bei der Aufgabe, Meinungsvielfalt zu gewährleisten, strukturell versagt (Az: BVerwG 6 C 5.24). »Am 1. Oktober muss der Gerichtssaal aus allen Nähten platzen!«, ruft Jimmy Gerum am Dienstag der DW-Redaktion zu und überließ uns dieses Interview zur Erstveröffentlichung. »Und der Platz vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ebenfalls! Leider ein Mittwochvormittag!«

Remigration – ein Vorschlag

von Martin Sellner

»Massenmigration nach Europa ist (...) nicht einmal ein probates Mittel, um globale Armut und ökonomische Ungleichheit zu verringern. Wie der bereits zitierte Paul Collier und zahlreiche andere Migrationsforscher nachwiesen, verringert Ersetzungsmigration die Entwicklungschancen der Auswanderungsländer drastisch. 1 Die Völkerwanderung stabilisiert ein globales Ungleichgewicht und reproduziert somit ihre eigenen Ursachen. Sie ist nicht nur gegenüber uns, sondern auch gegenüber den zurückgelassenen Heimatländern der Migranten verwerflich, was die moralische Position der Versorgungssuchenden weiter schwächt. Da die Assimilation ein erreichbares Ziel bleibt, ist die Remigration nicht mit »ethnischen Säuberungen« oder anderen Schreckensszenarien aus dem Wortbaukasten der Migrationslobby zu vergleichen.

Es ist denkbar und legitim, bestimmte Varianten einer Remigrationspolitik moralisch zu kritisieren. Als Forderung und Grundidee ist sie jedoch moralisch gerechtfertigt. Dennoch muß in einer umfassenden moralischen Bewertung auch berücksichtigt werden, daß viele Migranten bereits seit Generationen in Deutschland leben. Afro-arabische Migranten haben zwar das Land weder »aufgebaut« noch das Wirtschaftswunder ausgelöst - einige von ihnen haben durch ihre Lebensleistung dennoch zur Gesellschaft beigetragen. Diese sind nicht die primäre Zielgruppe für Remigration. Auch Migranten, die keinen Beitrag zur Gesellschaft leisten und unser Land belasten, wurden teilweise unter Vorspiegelung falscher Tatsachen ins Land gelockt...« (Auszug aus dem Buch »Remigration – ein Vorschlag« von Martin Sellner, S. 131, Verlag Antaios, Schnellroda 2024, ISBN 9783 9490 41556. DW druckt diesen Beitrag etwa in Anlehnung an den bekannten Buchautoren Hannes Hofbauer als Beitrag zur Aufklärung und Versachlichung der laufenden Debatten und Maßnahmen mit freundlicher Genehmigung des österreichischen Philosophen Martin Sellner; red.)



Briefe an die Redaktion

MUFFOLETTE

Erinnerte mich an den Artikel zum Döner (...): Das war kundig und unterhaltsam. Ich würde mir wünschen, dass Sie mehr solche aufschlussreichen Hintergrundartikel bringen würden. Aber Sie haben ja immer mit dem Virus und dem Krieg zu tun (...). Viele Leute glauben, dass sie irgendwie von der Regierung »gerettet« werden. Aber sie werden in den Krieg getrieben. Hier macht sich keiner falsche Vorstellungen. (...) Tanti saluti mit Muffolette aus Sizilien,
– Thomas aus Dresden

ONLINE

Als die 2020 die Seite von Dr. med. Wolfgang Wodarg zensurierten, wusste ich schon, dass die lügen. Dann schlugen sie alte Frauen, die das Grundgesetz in der Hand trugen. Es wurde klar, dass sie ab jetzt die Gesundheit missbrauchen. (...) »Bleiben Sie gesund«, dieser Satz lässt bei mir nur noch kalte Schauer laufen. (...) Ich bin Zeitungsleser, aber wie erreichen Sie die Jüngeren?
– Bernd, Kassel

Red.: Sehr geehrter Bernd! Ab Herbst 2025 starten wir unsere neue Online-Offensive mit DW-TV. Trotzdem glauben wir, dass diese unlöschbare Zeitung mit Verteilern das Zentrum der neuen Bewegung bleiben wird.

FRIEDENSBEWEGT

Das große Thema ist der Frieden. Ich finde es gut, dass Ihr Euch dafür einsetzt. (...) In der alten Friedensbewegung gibt es viele »Langsamdenker«.

Es kamen ab den 1990ern immer mehr Leute aus den Altparteien dazu. V-Leute sind ein Problem! (...) Entwicklung der »Grünen« ist eine Warnung. Wer sich von der Arbeiterklasse verabschiedet und nur mit Professoren, Millionären und dem Staat rummacht, der landet auf dem Schoß der NATO-Verbrecher. Dort fühlt »man« sich wohl und glaubt, dass es nur so geht. (...) Weiter so, DW!
– Dorothea, Freiburg i. Br.

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

AUF DEM SCHIRM

✉ RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

📷 [instagram.com/demokratischerwiderstand](https://www.instagram.com/demokratischerwiderstand)

📡 t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

📺 [youtube.com: Demokratischer Widerstand](https://www.youtube.com/DemokratischerWiderstand)

📘 [facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung](https://www.facebook.com/DemokratischerWiderstandZeitung)

Das Geheimnis der Wechselkurse

Der US-Dollar ist am Ende. Covid-Lüge und Kriegstreiberei hängen wesentlich damit zusammen | Bericht von Anselm Lenz

Es hörte sich so an, wie Angela Merks Dauermantren von der »Alternativlosigkeit« und dem »scheitert der Euro, scheitert Europa«: Der US-Oligarch und Ex-Regierungsmanager für besondere Aufgaben, Elon Musk, sprach in Interviews vor seinem Bruch mit US-Donald Trump mehrfach von der Aufgabe, die USA »nicht scheitern« zu lassen. Gemeint war letztlich die US-Währung als Leitwährung der Welt.

»Wir müssen die Position des US-Dollars als eines Stützpfiebers der Währungsstabilität überall in der Welt schützen. In den letzten sieben Jahren kam es durchschnittlich jedes Jahr zu einer internationalen Währungskrise.« Das sagte der damalige US-Präsident Richard Nixon in einer Rundfunk- und Fernsehansprache am 15. August 1971. Wenig später beendete er das Bretton-Woods-System der festen Wechselkurse mit dem nominell goldgedeckten US-Dollar als globaler Ankerwährung (sogenannter Nixon-Schock).

Die USA waren dabei, ihren Vietnam-Krieg zu verlieren. Nominell gegen Nordvietnam, de facto aber auch gegen die Volksrepublik China und die Sowjetunion. Auch dabei machte der republikanische Präsident eine 180-Grad-Kehrtwende, verprellte die Regierungen Japans und Taiwans, und wandte sich der Kommunistischen Partei in Peking zu. Zuvor hatte Nixon noch versucht, mit der »Verrückter-Mann-Theorie« eine Kriegswende zu Gunsten der USA herbeizuführen. Dies mit der verzweifelten Drohung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen durch »Der Westen«:

»Ich will die Nordvietnamesen glauben lassen, dass ich den Punkt erreicht habe, an dem ich alles tun werde, um den Krieg zu beenden. Wir werden ihnen so etwas zuspähen wie: »Mein Gott, sie wissen ja, wie sehr Nixon den Kommunismus hasst. Wenn er in Wut gerät, kann ihn keiner mehr zurückhalten – und er hat die Hand am nuklearen Drücker.« – In zwei Tagen ist Ho Chi Minh persönlich in Paris und bittet um Frieden!« (Madman-Theorie, Richard Nixon zitiert nach H. R. Haldeman).

Das Leistungsbilanzdefizit der USA hatte sich mit Bretton Woods immer weiter aufgetürmt – alle anderen hatten so viel wie möglich nach Amerika exportiert, um Devisenreserven anzuhäufen. Die hohen US-Ausgaben für den Vietnamkrieg und die wieder erstarkenden Volkswirtschaften Japans und der BRD setzten den Dollar und die US-Industrie zusätzlich unter Druck. 1973 brach das Weltwährungssystem fixierter Wechselkurse zusammen, das 1944 in einem Konferenztel in den Weißen Bergen von New Hampshire unter anderem zwischen dem berühmten britischen Ökonomen John Maynard Keynes und dem US-amerikanischen Volkswirt Harry White ausgehandelt worden war (Bretton Woods).

SCHEINE DRUCKEN, KREDITE
AUFNEHMEN, GELD VERTEILEN

Bretton Woods stand in der Reihe der Erfolge von Keynes' Strategie des »New Deals« (neuer Geschäftsabschluss), mit dem durch politisch gesteuerte Geldmengen und Investitionen die Weltwirtschaftskrise seit Ende der 1920er Jahre in den USA und Großbritannien



Das Mount Washington Hotel in den Weißen Bergen, Bretton Woods, US-Bundesstaat New Hampshire. Abbildung eines Postkartenmotiv der Detroit Publishing Company etwa aus dem Jahr 1910.

insgesamt erfolgreicher als andernorts gemanagt werden konnte – sowohl aus sozialdemokratischer Sicht auf die Arbeiterklasse (Vollbeschäftigung), als auch aus Sicht der Bourgeoisie, die eine Veränderung der großen Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln um jeden Preis verhindern will. Vereinfacht: Der Staat setzt Geldmenge und Verschuldung als sozialpolitische und wirtschaftspolitische Instrumente ein, um die Geldzirkulation, die Aufrechterhaltung und Ausweitung der Produktion und die gesteuerte Verteilung des Wohlstandes anzulegen.

Die USA übertrieben es mit dem Vietnamkrieg und gaben auch die nur noch nominell aufrechterhaltene Goldpreisbindung auf. Zuerst lösten sich die Schweiz und Großbritannien vom System fixierter Wechselkurse, schließlich auch alle anderen 42 Vertragspartner. 1973 wurde das Bretton-Woods-Abkommen schließlich gänzlich außer Kraft gesetzt. Die darin vereinbarten UN-Institutionen, der Internationale Währungsfonds IWF und die Weltbank, bestehen jedoch weiterhin – und entwickelten sich zu den radikalsten Agenturen des Neoliberalismus, zu »Drückerkolonnen«.

Die Aufkündigung des sozialdemokratisch-internationalistischen Bretton-Woods-Systems schlägt bis heute durch. Einerseits in Form einer jahrzehntelangen vermeintlichen »Roßkur« durch den Neoliberalismus, die in Großbritannien ab den 1980er Jahren gesellschaftliche Verwerfungen auslöste (Thatcherismus). Andererseits durch die seit Ende der Wirtschaftswunder im Westen nie mehr einsetzende Prosperität (Vermachtung im Grunde sämtlicher gesellschaftlicher und ökonomischer Strukturen): Die seit den 1970er Jahren Geborenen haben nie in einer Zeit gelebt, in der Arbeitsleistung, Aufbau und Produktivitätszuwächse »hinabrieselten«. Stattdessen zunächst jahrzehntelange De-facto-Stagnation. Und dann allmählich einsetzende Niedergangerscheinungen. Über den Zusammenbruch des Finanzkapitalismus ab 2007 und der präemptiven Covid-Lüge ab 2019 kommen immer heftigere »Aufprälle« hinzu. Zuletzt: Der Stellvertreterkrieg in der Ukraine und der Völkermord in Gaza.

Musk lehnte die »Big Beautiful Bill« (großes schönes Gesetzespaket) ab und überwarf sich mit Trump wegen der weiter steigenden Verschuldung der USA. Dazu kann man geteilter Meinung sein. In einem Punkt aber hat Elon Musk mit seiner Ablehnung der Verschuldungssorgie definitiv Recht: Die Staatsapparate haben größte Schwierigkeiten damit, die Kosten und Störungen, die sie selber verursachen, überhaupt in ihre Analysen einzubeziehen, geschweige denn die eigene Stützung oder gar Abschaffung weiter Teile als logische Folge aufwerfen zu dürfen. Wir alle schleppen ungeheure Staatskosten mit durch – ob wir nun gerade Steuerpflichtig sind oder nicht –, ganz so, als wären diese »gottgegeben«. Revolutionen und sogar die verhassten Kriege haben aber alten Pfründestrukturen gegenüber – Fürsten und religiöse NGOs aller Jahrhunderte – objektiv immer auch eine Aufsprengung und Absetzung bedeutet.

Eine der beliebtesten und effizientesten Regierungsmaßnahmen gegen eine überkommene Ordnung, die nicht mehr haltbar war, war die Bodenreform in Russland ab 1917. Mit der Bodenreform wurden Kleinbauern und Eigentumslose immerhin ein Stückchen Ackerland und die Möglichkeit, Datschen zu errichten, zugesprochen – zu Lasten von Großbauern, Adel, Klerus und Staatseigentum. Schon die Aussicht darauf motivierte heimkehrende Soldaten und arme Familien für den Frieden und das neue System.

SEELE UND
BODENREFORM

Sein eigenes Land als Eigentümer zu besitzen und, möglicherweise, bewirtschaften zu können (in welcher Form auch immer), ist ein ungeheuer wirkmächtiges Psychologikum für das Erlebnis von Freiheit und Selbstbestimmung. Das zeigt sich auch ästhetisch: Man sieht Gärten an, ob sie gemietet oder staatlich unterhalten sind, und im Zuge dessen zumeist mehr schlecht als recht und großflächig erhalten werden. Oder, ob sie in liebevoller Kleinarbeit der Eigentümer zum Blühen gebracht werden.

Sicher hat der einzelne Gärtner, um in diesem Bild zu bleiben, keinen Einfluss auf die »Makroökonomie der Flora«. Aber die Motivation, die weniger (aber auch) mit der Konkurrenz der Gärtner zu tun hat (wer hat die schönste Rose?), hat vielmehr mit einer Erscheinung zu tun, die kein materialistischer Mechanismus (auch keine KI) berechnen kann: Der Seele des Menschen. In dieser Seele haben auch die Nation und Kultur ihren Platz, wie die Mehrzahl der Auswanderer über mehrere Generationen hinweg bezeugen. Wer nichtmal das nachvollziehen kann, der verdammt auch Naturgleichnisse aller Art.

Denn diese soziale Ligatur ist meines Erachtens langfristig sogar stärker verankert, als das abstrakte Großeigentum an Privilegien, Kapital, Grund, Großbetrieben, angestammten Berufen und, wie die Scheidungsraten und die schiere Anzahl völlig verkrachter alter Familien zeigen, sogar wirkmächtiger als genetisches »Eigentum«. Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung trifft also »ins Herz«, wenn sie seit 28. März 2020 mit mannigfaltigen »Fahnenmeeren« aufspaziert die in den Farben der Länder der Erde im Winde wehen.

DEUTSCHE
RENAISSANCE

In kultureller Hinsicht gehe ich fest von einer Renaissance der deutschen Sprache und traditioneller deutscher Kunst- Kulturformen aus – womöglich in moderner Neukombination –, weil das Deutsche seit Jahrzehnten so dermaßen unterrepräsentiert ist, mehr noch, höhnisch verlacht wurde, dass es ab jetzt »cool« (besser: warm) werden wird. Dies allerdings nicht nur als Folge einer berechenbaren Dialektik, einer Überfälligkeit, die umwerfend ist, wie es etwa der Siegeszug des nicht nur sprichwörtlichen Rock'nRolls ab den 1950er Jahren war – sondern vor allem wegen: Der Seele. Die liegt bei Weitem tiefer als die Arithmetiken von Produktion, Handel und Devisenmärkten. Das Aufblühen Deutschlands wird ein Abdruck der überfälligen wirtschaftlichen und administrativen Emanzipation von den USA und vor allem deren Militärisch-Industriellen Komplex (Eisenhower) sein. Die US-Truppen und PR-Agenturen dürfen endlich nachhause gehen. Das haben sie verdient.

Wechselkurs! Dass einige deutsche Bürger mit ihren drei Mietwohnungen und ihren paar hunderttausend Kröten auf den Anlagekonten fortwährend behaupten, sie seien ausgerechnet seit der Corona-Lüge auf dem Weg in die »DDR 2.0« – und jeden Moment könne ihre bahnbrechende Kompetenz schlecht vergütet und zwischen grauen Mauern eingesperrt werden –, zeugt hingegen ausschließlich vom schlechten Geschmack einer Bürgergeneration, die nicht nur schlecht im Kindermachen war, sondern auch noch unglaublich viel über Sex redete, während der »Laden vor die Hunde ging«. (Mehr zu diesem Themenkreis Seiten 11, 12 und 13)

Anselm Lenz ist seit 25 Jahren Journalist in Deutschland der Gegenwart und darüber hinaus. Als Buchautor verfasste er unter anderem das Vorwort zur Neuübersetzung von Oscar Wildes »Die Sele des Menschen im Sozialismus« (Edition Nautilus, Hamburg 2017).



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE von **Wolfgang Greulich**

ELEKTRIKER UND MECHANIKER FEHLEN

In Frankfurt fand die Handwerkermesse statt, die ISH2025. Sie hat vieles gezeigt, aber eines jedoch ganz besonders. Die Innovationskraft der deutschen Handwerker ist ungebrochen.

Digitalisierung, Fachkräftemangel, Produktneheiten und viele andere Themen wurden forciert dargestellt und der Zuschauerstrom, überwiegend natürlich aus dem Handwerk selbst, war beachtlich. Es scheint, alles aus den vergangenen Jahren scheint vergessen. Ist das das wahre Bild? Nein.

Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. 2024 sind in Deutschland 4.350 Handwerksunternehmen insolvent gegangen. Das waren 18,9 Prozent mehr als 2023, da waren es noch 3.660 Betriebe. Das ist schlecht, denn »Handwerk hat goldenen Boden«. Dieses alte Sprichwort ist schwer in Verruf gekommen. Lange Zeit hat das Handwerk nur noch sehr wenig Wertschätzung für die mit dem Handwerk verbundenen Fähigkeiten und Möglichkeiten erhalten. Die Zahl der ausstudierten Betriebswirtschaftler sind das Pendant zu dieser Entwicklung. Corona, die sinnlosen Lockdowns, die vom Staat zurückgeforderten Hilfeleistungen, all diese Punkte sind Sargnägel für viele Betriebe gewesen. Und ja, auch die Tatsache, dass viele Handwerker eben »nur« gute Handwerker sind, trägt auch dazu bei.

Über 18.000 Elektriker, über 16.000 Kraftfahrzeugtechniker, um nur die wichtigsten Zahlen zu nennen, fehlen im deutschen Handwerk. Dabei geht eben ohne das Handwerk nichts, die Produktion würde zum Stillstand kommen. Und gerade deshalb ist die Zukunft des Handwerks gesichert. Nicht auszudenken, wie das laufen würde, wenn endlich Themen wie Bürokratie und Steuerlast auf ein erträgliches Maß reduziert werden würden. Aber davon sind wir in unserem Land weit entfernt. Viele reden davon, aber es passiert nichts. Ganz im Gegenteil, der Druck, gerade auf kleine Handwerksbetriebe, wird immer größer. Und für viele gibt es dann gerade wegen der letzten Jahre keinen wirtschaftlichen Ausweg mehr.

Die Zahlen der insolvent gegangenen Betriebe ist keine natürliche Fluktuation. Nein, das wird von unserer Politik bewusst in Kauf genommen. Anstatt das Geld im eigenen Land zu investieren, den eigenen Betrieben zu helfen, wird das Geld lieber auf der ganzen Welt verteilt, in der Ukraine kriegstreiberisch verbrannt und nebenher unnötigerweise das Klima gerettet, welches gar nicht gerettet werden muss. Die Liste ist lang, die Politik im Vollversagen verhaftet.

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

VERDECKTE LOBBYNETZWERKE DER KONZERNE

Von Lisa Wölfl, Tania Röttger und Martin Reyher (gewerkschaftsforum.de)

Mindestens 670 Lobbyist:innen im Berliner Regierungsviertel waren früher selbst Teil des politischen Apparats – oder sind es immer noch.

Recherchen zeigen ihre Verbindungen bis in die Spitzen der Koalition: Ein Duzfreund von Verteidigungsminister Boris Pistorius verkauft Kampfdrohnen, ein Vertrauter von Unionsfraktionschef Jens Spahn lobbyiert für internationale Konzerne.

VOM SPIN-DOCTOR DES MINISTERS ZUM PHARMA LOBBYISTEN

Wie eng Politik und Wirtschaft verflochten sind, zeigt das Beispiel Biontech. Während der Pandemie zum globalen Pharmakonzern mit Milliardenumsatz aufgestiegen, hat das Unternehmen ein Netzwerk geknüpft, das bis zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion reicht. Zu Jens Spahn. Mehrere der heute für Biontech tätigen Lobbyist:innen arbeiteten früher in Spahns Abgeordnetenbüro. Einer von ihnen ist Marc Degen, der jahrelang als engster politischer Vertrauter, Berater und Spin-Doctor des CDU-Politikers galt.

Heute lobbyiert Degen für Biontech. Formal geschieht das über die Beratungsfirma vaxxio, für die er im Oktober 2024 als Interessenvertreter eingetragen wurde. Das Unternehmen bietet laut Lobbyregister »Unternehmensberatungsleistungen im Bereich Impfprävention« für Biontech und andere Pharmakonzerne an. Degens Nähe zum heutigen Unionsfraktionschef reicht weit zurück. Acht Jahre lang arbeitete er in dessen Bundestagsbüro, begleitete Spahns Aufstieg vom jungen Abgeordneten zum Bundesgesundheitsminister. 2018 wechselte Degen mit seinem Chef ins Ministerium und wurde stellvertretender Leiter der Leitungsabteilung.

Als Spahn im selben Jahr für den CDU-Parteivorsitz kandidierte, war Degen an seiner Seite. Er nahm sich im Ministerium extra Urlaub, um Spahns Kampagne zu leiten. Mitten in der Corona-Krise gab Degen

seinen Ministeriumsposten auf, aus familiären Gründen. Er ging mit einer klaren Botschaft: »Ich bleibe (...) meinem langjährigen Chef Jens Spahn auch in Zukunft sehr verbunden.« Wie eng ist die Verbindung zu Spahn heute? Das bleibt unklar. Auf eine Anfrage von abgeordnetenwatch.de zu möglichen Kontakten mit dem Unionsfraktionschef reagierte Degen nicht.

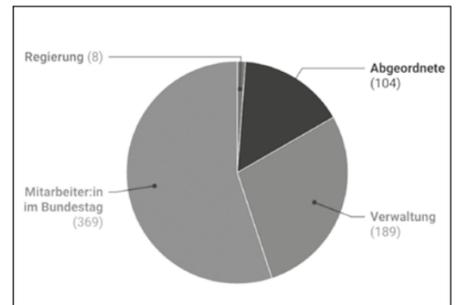
Der Fall Marc Degen zeigt ein grundlegendes Problem: Im Lobbyregister erfährt man zwar, dass Degen für Unternehmen aus der Pharmabranche lobbyiert. Doch ob und in welchem Umfang er dafür auf sein früheres Netzwerk zurückgreift, bleibt im Dunkeln. Wer mit wem spricht, welche Treffen stattfinden, bleibt in Deutschland geheim. Kontakte müssen nicht dokumentiert werden. Deswegen wird auch die diskrete Beziehungspflege von Lobbyist:innen nur selten öffentlich.



Marc Degen gilt als enger Vertrauter, Berater und Spin-Doctor des Immobilienhändlers, zwischenzeitlichen Gesundheitsministers und CDU-Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn. Foto via abgeordnetenwatch.de

NACH DER WAHL SCHICKTE DIE LOBBYAGENTUR GLÜCKWÜNSCHE

Als Friedrich Merz (CDU) Anfang Mai zum Kanzler gewählt wurde, schickte die Agentur 365 Sherpas gleich mehrere Glückwunschscheiben ins Kanzleramt: an Merz, Kanzleramtschef Thorsten Frei (CDU), einen Staatssekretär und eine Staatsministerin. Gute Verbindungen zum



Drehtür: Die meisten kommen aus dem Bundestag. Mindestens 670 Lobbyisten der Konzerne waren zuvor in der Politik tätig – oder sind es immer noch (Stand: Juli 2025). Berücksichtigt sind Lobbyisten, die im Lobbyregister eine Tätigkeit im Bundestag, der Bundesregierung oder der Bundesverwaltung offengelegt haben. Grafik: abgeordnetenwatch.de | Weil Transparenz Vertrauen schafft / iwö. Quelle: Lobbyregister, eigene Auswertung.

Kanzler hat die Agentur auch so. Einer ihrer Direktoren war früher ein enger Mitarbeiter von Merz: Marian Bracht.

2022 holte ihn der CDU-Chef als kommissarischen Büroleiter in die Parteizentrale – nachdem Bracht bereits drei Jahre lang bei CDU-Geschäftsführer Stefan Hennewig in derselben Funktion gearbeitet hatte. Wenn die Agentur auf ihrer Website sein »großes politisches Netzwerk« betont, ist das keine Übertreibung. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 warb 365 Sherpas mit einem besonderen Angebot um Aufträge von Unternehmen und Verbänden. »Die Parteien schalten jetzt in den Wahlmodus«, heißt es auf der Website. »Tun Sie es auch.« Es gelte, Forderungen früh zu platzieren, damit sie auf der Agenda der nächsten Regierung landen. Überschriften war die Kampagne mit einer vielsagenden Frage: »Welchen Satz möchten Sie im Koalitionsvertrag 2025–2029 lesen?«

Um das zu erreichen, bot die Agentur potentiellen Kunden Unterstützung mit seinem breiten Netzwerk an, »bestehend aus ehemaligen Partei- und Parlaments-Mitarbeiter:innen, Journalist:innen, Fach-Expert:innen und erfahrenen Berater:innen.« Als Ansprechpartner genannt war Marian Bracht.

ENG VERNETZT IN DER CDU

In der CDU ist er bestens vernetzt. Seit 2016 saß Bracht vier Jahre im Bundesvorstand der Jungen Union, zusammen mit Politikern wie Philipp Amthor oder Paul Ziemiak, die später Karriere machten. Im Bundestagswahlkampf 2017 steuerte er Konzepte für digitale Wahlkampagnen bei. Nachdem Angela Merkel die Wahl gewonnen hatte, machte ihn der CDU-Abgeordnete und spätere Generalsekretär Peter Tauber zu seinem Büroleiter. Beim letzten CDU-Parteitag im Februar, drei Wochen vor der Bundestagswahl, war Bracht vor Ort.

Bracht verschaffe den »Interessen seiner Mandanten im politischen Raum Gehör«, heißt es auf der Agenturwebsite. Nutzt er dafür seine politischen Kontakte zu Merz und der CDU? Abgeordnetenwatch.de wollte von Bracht wissen, ob er während der Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD mit Verhandlern im Austausch stand – und wenn ja, mit wem. Bracht schickte eine lange Antwort, doch die war wenig konkret. Man bitte um Verständnis, »dass wir Ihre Fragen nicht im angeführten Detail beantworten werden«. (Dies ist ein Auszug aus dem Artikel »Spahn, Merz, Pistorius – Die verdeckten Lobbynetzwerke der Konzerne« mit Fokus auf die Pharma-Lobby, der am 18. Juli 2025 erschien. Wir danken gewerkschaftsforum.de für die Erlaubnis zur Veröffentlichung in DW.)

KOLUMNE MEDIEN MILIEUSTUDIE

O-Ton von Fabio di Masi

Jahrelang kassierten renommierte Journalisten aus dem grün-liberalen Milieu von Taz, über SZ, Spiegel, Die Zeit und frühere Redakteure der Berliner Zeitung – vermutlich beim Bio-Landwein aus der Toskana – über eine »Selbsthilfegruppe« (im wahrsten Sinne des Wortes) Millionenförderung für ein wohnungspolitisches Projekt in Kreuzberg.

Sie wohnten dort entgegen der Bedingungen nur teilweise selbst, schröpften die Bewohner entgegen der Förderkriterien mit überhöhten Mieten und wollten die Immobilie am Schluss gewinnbringend an Investoren verhökern, statt auf eine Genossenschaft zu übertragen. Darunter befand sich unter anderem die ehemalige Chefredakteurin der Berliner Zeitung (bis 2016) Brigitte F., die zuvor in leitenden Positionen für die Frankfurter Rundschau und Die Zeit tätig war und vom Spiegel in die Relotius-Kommission berufen wurde.

Ebenso der frühere Taz und spätere Zeit-Autor Matthias G., der in seinen Kolumnen »schwarz-grün« herbeisehnte und mit Annalena Baerbock im Wahlkampf mitfühlte, sowie die Dozentin und Kuratorin der Taz-Panzerstiftung (zuvor Hauptstadtbüro Spiegel), Petra B. Jetzt zieht das Land Berlin vor Gericht. Richtig so. Besondere Pointe: Unter dem Abzocker-Kollektiv befand sich eine Gerichtsreporterin der SZ, Annette R. Die ist ja dann gleich nah dran und mitten drin!

ABZOCKER STATT MIETERKAMPF

Wir sehen hieran, dass die vermeintlichen alternativen Lebensentwürfe (vom Hausbesetzer zum Hausbesitzer), die ich auch aus manchem Hausprojekt kenne, häufig keine verallgemeinerbare Lösung zum Beispiel für den Mietenzustand sind, sondern oft nur der Verwirklichung des eigenen Lebensentwurfes dienen. Das politische Label ist dann oft nur elitäre Distinktion für schöner Wohnen! Leider bestätigt diese Truppe wieder einmal so viele Vorurteile über das elitäre und saturierte grün-liberale Milieu in mancher Redaktionsstube! Anders als der rechte Boulevard das framed ist daran übrigens nichts links. (Fabio de Masi auf X am 22. Juli 2025)

Der »Kampf gegen rechts« ist ein Kriegsnebel

Kriegstreiberkapital des US-UK-NATO-Komplexes will den letzten Rest deutscher Handlungsfähigkeit vernichten | ANALYSE von Anselm Lenz

»Excuse me, I am not convinced.« Mit diesem Satz löste der damalige Bundesaußenminister Joseph Fischer eine jahrzehntelange Rachekampagne des Militärisch-Industriellen Komplexes der USA gegen Kontinentaleuropa aus. »Entschuldigung, ich bin nicht überzeugt.«

Im Februar 2003 wollte der US-Kriegsapparat mal wieder fette Beute machen. Das Ziel: Erdölquellen einnehmen und ausbeuten, Staatsapparate unterwerfen und Tribute abschöpfen, Umsätze für den Wiederaufbau zerstörter Länder in Hände bekommen und in US-Dollar abwickeln. Der damals schon berühmte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und »unser« Fischer saßen bei der Aufrüstungskonferenz MSC in München zusammen auf dem Podium – und der Vizekanzler und Außenminister der »Federal Republic of Germany« – in amerikanischen Ohren klingt das wie eine Kronkolonie – sagte: Nein. Wir ziehen nicht für Euch in Euern Beutefeldzug.

Reste der Friedensbewegung waren zu dem Zeitpunkt noch stark in bündnisgrüner Partei und SPD, Fischer im Wahlkampf. Nach dem verbrecherischen Bombardement der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad durch BRD-Bomberpiloten im Jahr 1999 und den gesprengten Türmen in New York 2001 (drei im freien Fall eingestürzte WTC-Stahlträgerhochhäuser durch zwei Passagierflugzeuge), war die Stimmung in Kontinentaleuropa völlig gekippt: Die USA wollen »großes Schachbrett spielen« (Brzeziński) – wir nicht. Frankreich verweigerte den De-facto-Kolonialherren aus Übersee mit ihren Militärbasen überall auf dem alten Kontinent die Gefolgschaft. Der »Exceptional State« (etwa: das auserwählte Land USA) benannte »French Fries« (französische Fritten) um in »Freedom Fries« (Freiheitsfritten) – und beschimpfte das französische Volk jahrelang als »Feiglinge«.

POMMES
FRITES

Schon in den Nullerjahren wurde deutlich: Es zeichnet sich ein Konflikt zwischen Kontinentaleuropäern und den so überschuldeten wie weithin körperlich verfetteten Amerikanern und ihren britischen Butlern ab. Nach dem Ende des »Kalten Krieges«, der mit der freiwilligen Beendigung der Sowjetunion durch Moskau beendet wurde, hatte die Welt auf die Friedensfähigkeit des »Tiefen Staates« der USA gehofft. Vergebens. Die USA sind in ihrer derzeitigen Aufstellung nicht friedensfähig, sondern dazu verdammt, immer neue Beute zu machen, um ihren US-Dollar und damit die Herrschaft über Rohstoffe und Handel mit Gewalt durchzusetzen. Der US-Dollar ermöglicht dem selbsternannten »Ausnahmestaat«, nahezu unbegrenzt Geld zu drucken und damit in aller Welt einzukaufen. Die eigene Industrieproduktion liegt seit Jahrzehnten am Boden, das US-Bürger-tum ist den höchsten Lebensstandard (bei der Konsumtion) weltweit gewohnt.



Ich möchte lieber nicht, beziehungsweise »ich bin nicht überzeugt«, sagte der deutsche Außenminister Joseph »Joschka« Fischer (rechts im Bild) zu US-Kriegstreiber Donald Rumsfeld 2003 zum Auftakt der 39. Internationalen Sicherheitskonferenz in München. Diese fand zum Thema der bevorstehenden völkerrechtswidrigen Invasion der Republik Irak statt. Der Einmarsch von Amerikanern und Briten forderte mindestens 1,2 Millionen Opfer, und brachte den Zugriff aufs irakische Erdöl. Der damals vom US-Komplex erfundene PR-Kriegsgrund für die dann wenig später getöteten Menschenmassen: »Massenvernichtungswaffen.« Diese wurden nie gefunden. Der damalige US-Außenminister Colin Powell bereute später die Kriegslügen – und die skrupellose Zerstörung der Republik Irak. Foto: Picture Alliance / DPA

Seit Jahrzehnten ist die US-Verschuldung in China so exorbitant, dass Volkswirte mittlerweile von »Chimerica« sprechen, einem Kofferwort aus Amerika und China. Der Volksrepublik gehören nach Schuldenstand praktisch weite Teile der USA, denn für die Amerikaner ist es absolut ausgeschlossen, diese Schulden jemals zurück-zuzahlen (es sei denn, sie wollten zum Beispiel Alaska wie einen Pfändungsgegenstand für alle Zeit an Peking abtreten). Der Autor hat diese Ausgangslage in mehreren Wirtschaftstexten der zurückliegenden Jahre in dieser Zeitung, ebenso für Apolut, und vor 2020 auch für Taz, junge Welt, Edition Nautilus und den Passagen Verlag, eingehend analysiert und begründet.

Diese Entwicklung, die seit dem Ende des Bretton-Woods-Währungssystem im Jahr 1973 im Grunde bekannt ist, hat ab Ende der 1990er Jahre zu einer Verschärfung der europäisch-amerikanischen Wirtschaftskonfliktlage geführt. Die USA versuchen, sie mit gemeinsamen Beutefeldzügen unter US-Führung zu verzögern (die Niederlande nahmen 2003 bei der Irak-Invasion noch teil), die EU, insbesondere Berlin und Paris, bemühen sich um internationale Abkommen, die den US-»Hunger« ohne ganz große Kriege stillen. Die Fünf-Prozent-NATO-Pauschale, die direkt aus der Wirtschaftsleistung der anderen NATO-Völker Jahr für Jahr abgezogen werden soll, sind wie ein adipöses Riesenbaby zu füttern. Es sind Tributzahlungen an einen todkranken amerikanischen Patienten. Ähnlich verhält es sich mit weiten Teilen des wahnhaften Covid-Lügen-Systems. Auch der kultische Umbau auf »Green Economy« ist Teil davon, könnte aber – zumindest teilweise – einige Lösungen erleichtern (mehr Energie aus Sonne statt aus erbeutetem Erdöl).

Was die BRD betrifft, so steht diese seit Längerem auf dem Speiseplan des US-Kriegs-komplexes. Die BRD wurde nach der sogenannten Wende zum Problem für den US-Komplex. Einst aus Washington aufgehübscht und zu Beginn auch mit Geld »ge-featured«, um in der Systemkonkurrenz

gegen die DDR überlegen zu sein, fiel das westdeutsche »Wirtschaftswunder« den Amerikanern auf die Füße. An der Seite Frankreichs, mit hochentwickelter Industrie und mit zuverlässiger russischer Energieversorgung, war die BRD ein echter »Player« auf dem Weltmarkt geworden. Nach 1990 stand aus Sicht der Besatzungsmacht »Polen offen«; riesige »Märkte« (und Einfluss aller Art) in Osteuropa und Asien. Der rostig gewordene US-Hegemonialkomplex, zwischenzeitlich geradezu besoffen davon, den Kalten Krieg vermeintlich »gewonnen« zu

haben, schaltete wieder in den Kriegsmodus. Und baute unter anderem in der BRD die antideutsche NGO-Szene auf – und die BRD zum Lazarett für die eigenen Kriegsoffer in Nahost um (demnächst kommen sehr viele Palästinenser, wollen wir wetten?). Deutsche Industrie und Rohstoffversorgung? Können weg! (DW klärte weltweit führend die Nordstream-Sprengung auf; DW106 und DW107).

Man muss kein Nationalist sein, um das alles zu bemerken, im Gegenteil. Es reicht eine sachliche materialistische Analyse aus, die einmal die Domäne von Marxisten war, und die ihnen – zumindest im Bereich der Empirie und der Analyse, bei »der Vermessung der Welt« – 150 Jahre lang solch erhebliche Intelligenzvorsprünge eingetragen hatte, dass enorme Achtungserfolge gegen das viel ältere, vor allem englisch geprägte Großkapital, errungen werden konnten (Stichwort Sputnik-Schock). Heute stehen in der BRD nicht »rechts« gegen »links«, sondern unten gegen oben. Alles andere ist Kriegsnebel, ein Versuch einer der berühmten US-Farbenrevolutionen. Diesmal gegen das deutsche Volk, gegen deutsche Interessen, letztlich gegen nahezu jeden einzelnen Menschen in der BRD und Kontinentaleuropa. Denn der muss in direkter Folge mit weniger auskommen und in ständiger Weltkriegsangst leben – für die Amerikaner.

Fischers Nein zur US-Kriegstreibererei war nur ein Strohhalm. Der Kampf ist verloren. Aber die Zukunft ist es nicht. Ich meine: Deutschlands Zukunft ist jene einer strikt defensiven Friedensnation an der Seite des sich ähnlich verändernden Frankreichs, an der Seite der zu Recht selbstbewusst-souveränen Polen sowie an der Seite Russlands – oder es ist keine. Dieser Ansicht war ich nicht immer. Aber eine materialistische Analyse lässt meines Erachtens spätestens seit dem Covid-Kriegscoup keine andere Schlussfolgerung zu. (Vergleiche dazu den Leitartikel von Anselm Lenz in DW218. Mehr zum Thema in dieser Ausgabe im Ressort DW-Akademie von Dr. Wolfgang Bittner, Seiten 12/13).

MELDUNG

PROTESTE IN SPANIEN,
ENGLAND UND POLEN

Torre-Pacheco/Epping/Warschau/DW. Nach einer brutalen Prügelattacke von mutmaßlich marokkanischen Jugendlichen auf einen 68-jährigen Mann kam es Mitte Juli in Torre-Pacheco im Südosten Spaniens zu heftigen Ausschreitungen. Darüber berichtete *Tichys Einblick*. Einheimische, die von spanischen Systemmedien als Rechtsextreme bezeichnet wurden, sowie mit Mächten bewaffnete Migranten lieferten sich dabei Straßenkämpfe. Steine flogen, Müllcontainer brannten. Auch in Großbritannien spitzten sich die Konflikte zu: In Epping (Essex), wo sich ein Asylbewerber wegen dreifacher sexueller Nötigung vor Gericht verantworten muss, eskalierten am 17. Juli erneut Unruhen, nachdem ein Protest gegen ein Asylbewerberheim in Gewalt umschlug. Dies berichtete *express.at* mit Verweis auf *The Guardian* am 20. Juli. Acht Polizisten wurden verletzt, zwei Personen von der Polizei festgenommen. Inzwischen sei bereits von einem »Sommer der Unruhen« die Rede. In Polen demonstrieren am vergangenen Samstag in rund 80 Städten 40.000 Menschen gegen die weitere Aufnahme von Migranten. Laut *Tichys Einblick* hatte die Oppositionspartei Konfederacja, die mit EU-kritischen Positionen immer beliebter wird, zu den Kundgebungen aufgerufen. (kmü)

NEUE
IMPFPFLICHTEN?

Paris/DW. Laut eines Artikels des renommierten Politik- und Wissenschaftsblogs *tkp.at* vom 22. Juli 2025 könnten in Frankreich Altersheimbewohner und medizinisches Pflegepersonal nach Plänen der Macron-Regierung bald gegen Grippe und Covid zwangsgeimpft werden. Demnach warne die covidkritische Partei Les Patriotes aktuell vor einer neuen Regierungsagenda, die noch mehr Impfpflichten für die Franzosen vorsehen könne. (kmü)



ZITAT DER WOCHE

»Es ist nicht wahr, dass das Geld für die Rente fehlt, weshalb jetzt die Boomer-Renten stärker besteuert werden sollen. Das Geld ist nur woanders. Es verbrennt in der Ukraine. Es klimpert in den Taschen der Windradbarone. Es steckt in Radwegen in Peru und Gender-Projekten in Schwarzafrika. Es fließt in die medizinische Versorgung der Ortskräfte. Es verbirgt sich hinter 551 nicht beantworteten Fragen. Und ein bisschen steckt sogar im Make-up von Annalena.«

Michael Klonovsky, Schriftsteller und Journalist,
Mitte Juli 2025 auf X.

BYE BYE USA

Die USA als bestimmender Faktor in der internationalen Politik.

Ein Vorabdruck aus dem neuen Buch »Geopolitik im Überblick« | Von Wolfgang Bittner

Deutschland soll »kriegstüchtig« werden, und die Berliner Regierung hat astronomische Ausgaben für die Aufrüstung bereitgestellt. Denn angeblich will Russland nach der Ukraine Westeuropa erobern, auch wenn es dafür keinerlei Belege gibt und Putin solche Absichten niemals geäußert hat.

Trotzdem wird in einem Maße hochgerüstet, dass inzwischen ein dritter Weltkrieg nicht mehr auszuschließen ist. Dennoch gibt es kaum Widerstand gegen diese destruktive Politik, ebenso wenig gegen die übermäßige Reglementierung, Digitalisierung und Überwachung, den Weg nicht nur Deutschlands in den Totalitarismus.

Wie aber steht es um die deutsche Souveränität? Und welche Folgen wird die sich global abzeichnende Verschiebung der Machtverhältnisse haben, nachdem sich viele Staaten der Dominanz der USA entziehen?

Fragen, auf die der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner Antworten gibt. Sein Buch Geopolitik im Überblick erscheint am Montag nach Veröffentlichung dieser Ausgabe der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) im Verlag Hintergrund in der Reihe Wissen Kompakt. Nachfolgend ein Auszug.

Seit etwa 200 Jahren ging und geht es letztlich immer um die globale Vorherrschaft der USA und um deren Ausbeutung anderer

Länder. Wenn man das weiß, lassen sich fast alle Krisen und Kriege der letzten Zeit erklären, auch der Ukraine-Krieg und die Bedrohungslage für Deutschland und Europa, die nicht nur von den USA, sondern paradoxerweise auch von den Staaten der Europäischen Union, allerdings unter der Ägide der USA, herbeigeführt worden ist. Nichts daran ist zufällig, alles ist geplant, oft über lange Zeiträume.

DIE WELTMACHT NUMMER 1

An den Prinzipien dieser Imperialpolitik hielten alle Präsidenten der Vergangenheit bis in die Gegenwart fest, und zwar entsprechend den Instruktionen der im Hintergrund agierenden jeweiligen Schattenregierung (auch »Tiefer Staat« genannt), also insbesondere der Wirtschafts- und Finanzeliten. Bill Clinton überfiel mit der von den USA dominierten NATO die damalige Bundesrepublik Jugoslawien, den letzten sozialistischen Balkanstaat, nachdem dessen gewählter Präsident Slobodan Milošević den Knebelungsvertrag von Rambouillet nicht unterzeichnet hatte.

Der so sympathisch und leise auftretende Barack Obama, der das »unverzichtbare exzeptionelle« Imperium postulierte (»American exceptionalism«) und ständig Drohnenmorde bewilligte, führte sieben Kriege. Joseph Biden, mitverantwortlich für fast alle Krisen und Kriege der vergangenen Jahrzehnte, trieb die Aggressions- und Sanktionspolitik gegen Russland voran und legte unter Benutzung der Ukraine 2014 Feuer vor der Haustür Russlands. Auch Donald Trump bleibt mit seinem Motto »America First« ganz auf der Linie des US-amerikanischen Nationalismus und Imperialismus.

Seit 1991 haben die USA unter dem Vorwand der Einführung von Demokratie und Freiheit weltweit 251 militärische Interventionen durchgeführt, seit 1798 waren es 469. Nicht mitgezählt sind die Indianerkriege, die Einsätze während des Unabhängigkeitskrieges gegen das britische Empire oder des Amerikanischen Bürgerkriegs, ebenso wenig die vielen verdeckten Aktionen und Spezialoperationen. Diese Daten stammen aus einem Bericht des Congressional Research Service (CRS), eine vom US-Kongress legitimierte Einrichtung, vergleichbar mit den Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestags.

Die Liste der betroffenen Länder, die zum Teil völlig zerstört wurden, ist lang. Dazu gehören die Interventionen gegen China (1945/46), Korea (1950–1954), Kuba (1959/1961), Vietnam (1961–1973), Iran (1987/88), Afghanistan (1979–2001), Jugoslawien (1999), Irak (1991 und 2023), Libyen (2011), Syrien (2014–2024).

KRISEN, KONFLIKTE UND KRIEGE

Auch in jüngerer Zeit Krisen, Konflikte und Kriege, wohin man blickt: Russland – Ukraine, Israel – Palästina, Saudi-Arabien – Jemen, Indien – Pakistan, China – Taiwan; darüber hinaus Unterwanderungs- und Spaltungsversuche unter anderem in Russland, Belarus, China, Venezuela, Iran, Myanmar, Rumänien, Serbien, Georgien und Moldawien. An vielen dieser Konflikte sind die westlichen Geheimdienste, insbesondere die CIA, die sich weitgehend verselbstständigt hat, beteiligt. Versuche einer Beruhigung oder Beilegung der Auseinandersetzungen bleiben wirkungslos, solange nicht ihre Ursachen behoben werden. Doch dazu fehlt es an politischem Willen, zumal der Westen immer mehr in die Dekadenz abgleitet und seinem zivilisatorischen, womöglich atomaren Untergang entgegengeht.

Ob mit der Präsidentschaft von Donald Trump ein echter Politikwechsel stattgefunden hat, ist zu bezweifeln. Wie sich gezeigt hat, ist Trump unberechenbar. Aber positiv zu werten ist zunächst einmal die Abkehr von der Kriegspolitik seiner Vorgänger und ihrer Instruktionen. Dadurch sind verkrustete Strukturen aufgebrochen worden, und es haben sich reale Chancen für die Entwicklung einer neuen internationalen Sicherheits- und Friedensarchitektur aufgetan.

Was bedeutet das für Deutschland? Das Deutsche Reich stand seit seiner Neugründung im Jahre 1871 im Fokus der angloamerikanischen und französischen Imperialpolitik. Hinsichtlich des 20. Jahrhunderts hatte das der ehemalige Direktor der einflussreichen Denkfabrik Stratfor, George Friedman, 2015 in einer Rede am Chicago Council on Global Affairs ausgeplaudert: Die Hauptsorge der Vereinigten Staaten seit mehr als einem Jahrhundert sei eine Kooperation Deutschlands mit Russland. Um das zu verhindern, haben die USA, so Friedman, alles getan, was in ihrer Macht stand. Erfolgreich, wie zu sehen ist.

Deutschland wurde – erneut – gegen Russland aufgestellt und wird als Konkurrent der USA ausgeschaltet und ruiniert. Der Wirtschaftsstandort Deutschland war abhängig von den preiswerten, verlässlichen Gas- und Öllieferungen aus Russland. Nach der aller Wahrscheinlichkeit nach von den USA vorgenommenen Sprengung der Ostsee-Pipelines (DW berichtete das weltweit führend in #DW106 vom 1. Oktober 2022 und wurde ein halbes Jahr später von Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh wiedergegeben) schnellten die Energiepreise in ungeahnte Höhen, und zahlreiche energieintensive Unternehmen gingen insolvent oder ins Ausland, wo ihnen bessere Produktionsbedingungen angeboten wurden. Zum Beispiel



Die Lithografie »Flagge (Moratorium)« entstand 1969 und wurde vom Komitee gegen Augusta im US-Bundesstaat Georgia. Maße der vom Künstler signierten und tintengeste-

verlagert BASF, Europas größter Chemiekonzern, Investitionen nach China und schließt Produktionsstandorte in Deutschland. (...)

BEISPIELOSE HOCHRÜSTUNG

Während die Wirtschaft der Exportnation Deutschland ruiniert wird, hat im März 2025 die Mehrheit der im Bundestag vertretenen Parteien der deutschen Bevölkerung eine ungeheure Schuldenlast aufgebürdet. Am 18. März, wenige Wochen vor dem ersten Zusammentritt des neuen Parlaments, also in einer Übergangszeit, beschloss der Deutsche Bundestag nach einer kontroversen Debatte eine Änderung des Grundgesetzes und die Bewilligung einer Kreditaufnahme von etwa einer Billion Euro, verschlüsselt als »Sondervermögen« und »Aussetzung der Schuldenbremse«.

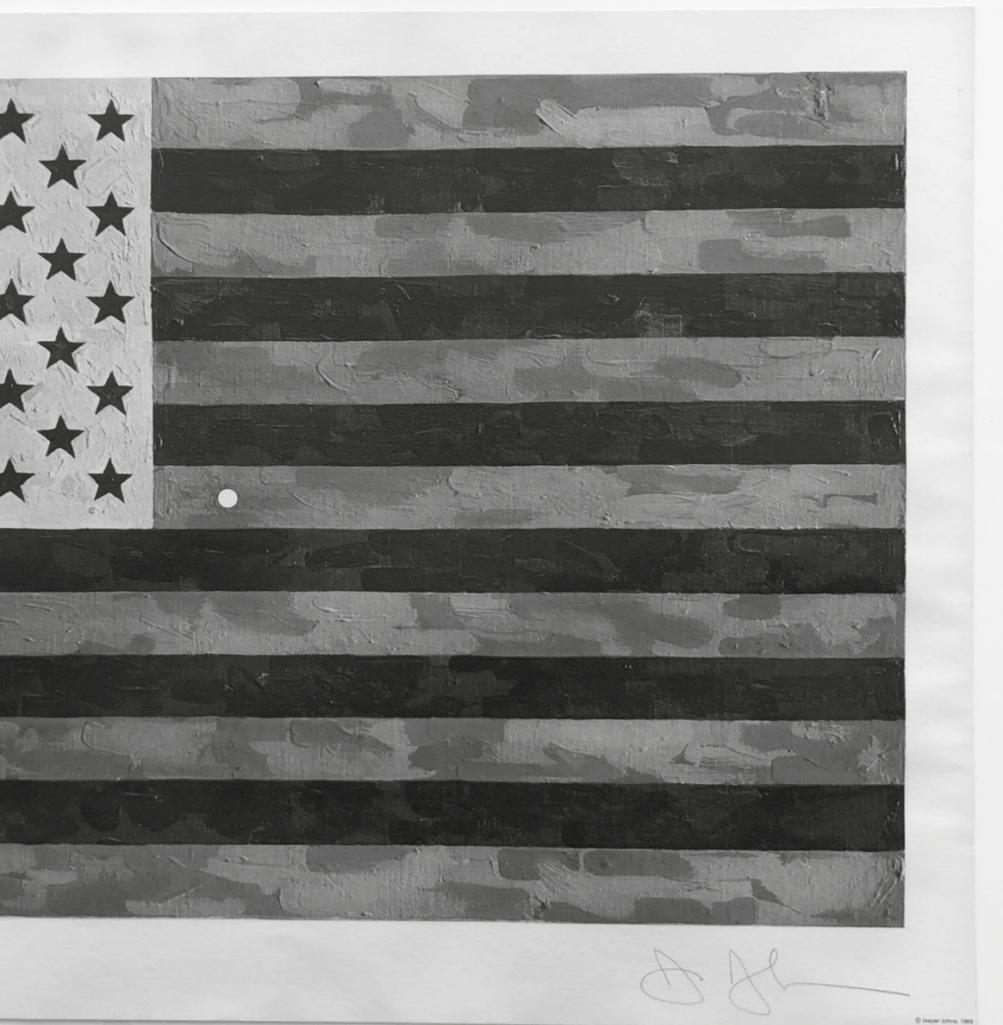
Dazu bedurfte es einer Zweidrittelmehrheit, die es im neuen Bundestag nicht mehr gegeben hätte. Die Eile, mit der sich die Befürworter dieser »Kriegskredite« innerhalb weniger Tage verständigten, kann als böses Omen für die Zukunft gelten. Beschlossen wurde ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für Investitionen in die marode Infrastruktur und zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045. Dafür musste das Grundgesetz geändert werden. Angeblich ist diese astronomische Summe vor allem für das Verkehrs- und Energienetz, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Digitalisierung sowie den Ausbau und den Betrieb von Schulen und Kindergärten vorgesehen. Dass aber auch die Straßen und Brücken von West nach Ost »panzerfest« für die Durchleitung von schwerem Militärgerät gemacht werden sollen, wird verschwiegen.

Des Weiteren wurde beschlossen, dass die Militärausgaben nicht mehr von der zuvor im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse begrenzt werden, die vorsah, dass



**»I AM NOT CONVINCED«,
»ICH BIN NICHT ÜBERZEUGT.«**

Das setzte sogar ein Joschka Fischer 2002/2003 noch dem US-Kriegstreiber Donald Rumsfeld entgegen. Die BRD entsandete keine Truppen zur Invasion der Republik Irak. Auch Paris weigerte sich, die Washingtoner Weltherrschaftspläne weiterzutreiben. Zuletzt haben die USA, die rettungslos in China verschuldet sind, Kontinentaleuropa ziemlich direkt angegriffen (u.a. Nordstream-Sprengung, DW berichtete weltweit führend). (ale) | Wolfgang Bittner: Geopolitik im Überblick. Deutschland-USA-EU-Russland. Verlag Hintergrund, Klappenbroschur, 144 Seiten, 14,80 Euro, ISBN 978-3910568235.



den Vietnam-Krieg veröffentlicht. Die beschmutzte USA-Flagge in Olivgrün, Schwarz, Grau und Braun wurde vom Künstler Jasper Johns angefertigt, geboren 1930 in Impellen Lithografie im Original: 43,5 auf 65,7 Centimeter (Bild); 52,1 auf 72,7 Centimeter (Blatt). Foto: Wikicommons-Materialsammlung (CC), Fotograf unbekannt

im Haushalt der Bundesrepublik Einnahmen und Ausgaben grundsätzlich ohne Kreditaufnahmen auszugleichen seien. Künftig werden also unbegrenzte Ausgaben für die Vorbereitung auf einen Krieg möglich sein. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, denn die Bevölkerung wird das bezahlen müssen; inzwischen ist von über 500 Milliarden Euro die Rede.

Der seinerzeit designierte Bundeskanzler Friedrich Merz, der im Wahlkampf versprochen hatte, dass die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse eingehalten werde, und nun sein Versprechen brach, hielt vor der Abstimmung eine böartige antirussische Rede, in der er faktenwidrig behauptete, Russland führe bereits Krieg gegen Deutschland: »Es ist ein Krieg gegen unser Land, der täglich stattfindet, mit Angriffen auf unsere Datennetze, mit der Zerstörung von Versorgungsleitungen, mit Brandanschlägen, mit Auftragsmorden ...« Verteidigungsminister Boris Pistorius, bekannt für seine kriegstreiberischen Äußerungen, warnte: »Wir dürfen keine Zeit verlieren ... Wer heute zaudert, wer sich heute nicht traut, ... der verleugnet die Realität.« 512 Abgeordnete von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen stimmten für das Schuldenpaket, 206 der übrigen Parteien dagegen.

**EIN KONSTRUIERTES
BEDROHUNGSSZENARIUM**

Die Aufhebung beziehungsweise Lockerung der Schuldenbremse fand Zustimmung selbst beim Deutschen Gewerkschaftsbund, der wie folgt argumentierte: »Deutschland spart sich kaputt ... Deshalb ist es gut, dass Union und SPD angekündigt haben, die Schuldenbremse zu lockern und ein Sondervermögen für Investitionen zu schaffen.« Kein Wort zu Hochtaktung, Sanktionspolitik und Hetze, was nach den bisherigen Erfahrungen mit der Gewerkschaft auch nicht verwundert.

Dass für das Militär wahnwitzige Milliardenbeträge veranschlagt werden, wird mit angeblichen imperialistischen Bestrebungen Russlands begründet. Unterstellt wird, die baltischen Staaten und Polen seien bedroht und im Übrigen ganz Westeuropa. Russland bereite sich nach seinem »brutalen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine« darauf vor, die NATO anzugreifen. An vorderster Front stehen Politiker wie Johann Wadephul (CDU), Roderich Kiesewetter (CDU), Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Lars Klingbeil (SPD) oder Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen).

Aber auch andere in den USA im »Yale World Fellows Program« oder im »Global Young Leaders«-Programm des Weltwirtschaftsforums als globale Führungskräfte geschulte Politiker warnen gebetsmühlenartig

vor der Gefahr einer russischen Invasion, zum Beispiel die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė, die estnische Ex-Premierministerin Kaja Kallas und der lettische Präsident Edgars Rinkēvičs, der ein Studium an der Dwight D. Eisenhower School for National Security and Resource Strategy, einer militärischen Bildungseinrichtung der USA, absolviert hat. (...) Statt abzurüsten, was vernünftig und nötig wäre, wird aufgerüstet und die Ukraine mit Waffen beliefert.

Wolfgang Bittner lebt als Schriftsteller und Publizist in Göttingen. Der promovierte Jurist hat über 80 Bücher veröffentlicht. Er erhielt mehrere Preise und Auszeichnungen und ist Mitglied im PEN. Von 1996 bis 1998 gehörte er dem Rundfunkrat des WDR an, von 1997 bis 2001 dem Bundesvorstand des Verbandes deutscher Schriftsteller. Ausgedehnte Reisen führten ihn nach Vorderasien, Mexiko, Kanada und Neuseeland, Gastprofessuren 2004 und 2006 nach Polen. Er war viele Jahre freier Mitarbeiter bei Zeitungen, Zeitschriften sowie öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Zu seinen jüngsten Publikationen gehören Der neue West-Ost-Konflikt. Inszenierung einer Krise (2021), Deutschland – verraten und verkauft (2021), Ausnahmezustand. Geopolitische Einsichten und Analysen unter Berücksichtigung des Ukraine-Konflikts (2023) sowie der Roman »Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen« (2019).



Wolfgang Bittner, geboren 1941, ist einer der renommiertesten lebenden deutschen Schriftsteller. Am 28. Juli 2025 erscheint sein neues Werk im Verlag Hintergrund.

K

Klimawandel

Nicht hinterfragbare Rechtfertigungsvokabel, »durch die man die Öffentlichkeit beschäftigt und in ihrem Verhalten und ihrer Aufmerksamkeit steuern kann. Klimapolitik verknüpft die Verwerfungen der neoliberalen Lebensform in die Biografien der nichtprivilegierten Leute (CO₂-Steuer). Der ökologische Fußabdruck des oberen 1 Prozent ist so groß wie der eines ganzen Kontinents. Wie unglaublich, dass es nach wie vor keine Geschwindigkeitsbeschränkungen auf den Autobahnen gibt, Kreuzfahrtschiffe weiterhin mit Schweröl fahren, Fluggesellschaften (Kerosin) weiterhin subventioniert werden, während der ÖPNV jedes Jahr teurer wird.« (Burchardt/Ebel 2019) »Der blinde Fleck in der ganzen Klimawandel-Debatte ist, dass der kapitalistische »Wachstumsfetisch« auf der Annahme beruht, dass die Ressourcen, genau wie das Kapital, unendlich sind. »Nachhaltiger Kapitalismus« ist daher ein Oxymoron – es sei denn, wir stellen ihn in einen totalitären Rahmen.« (Fabio Vighi) Das Thema Klimawandel wird von der Nato für militärische Zwecke instrumentalisiert; vgl. <https://shape.nato.int/news-archive/2020/video-nato-and-the-security-implications-of-climate-change>. Das Militärbündnis zelebriert sich als »Klimaschützer« und lenkt davon ab, dass das Militär auf dem Gebiet der Umweltschäden eine gewaltige Belastung der Natur verursacht.

BAUERS ABC, das »Kritische Wörterbuch des Bunten Totalitarismus« ist in vier Bänden erschienen im Pad-Verlag. Bestellmöglichkeit: pad-verlag@gmx.net



**DIESE
WOCHENZEITUNG**

VERTEILEN, AUSLEGEN,
VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.
- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.
- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.
- Die Zeitung ist analog, somit auch von Big Tech unabhängig und unzensurierbar.
- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

**WIE KOMMEN SIE
AN DIE ZEITUNGEN?**

- Geben Sie doch einfach auf demokratischerwiderstand.de/verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.
- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.
- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.
- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.
- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.
- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.
- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

Wir erklärten die Taz für beendet

BERICHT von Anselm Lenz (aus dem NichtOhneUns.de-Newsletter)

Es war nicht die wichtigste und sicher nicht die größte Demonstration der neuen Friedens- und Demokratiebewegung. Aber möglicherweise eine, die eine entscheidende neue Qualität hinzugebracht hat.

Am 4. Juli 2025 spazierte ich mit ehemaligen Kolleginnen, Anteilseignern sowie Leserinnen und Lesern gegen meinen früheren Betrieb, das Lügenblättchen Tageszeitung Taz. Am Werkstor, dem Taz-Propagandatum in der Berliner Friedrichstraße, erklärte ich die Tageszeitung für beendet.

Mit einer perfiden Kampagne hatte die einstmals für regierungsunabhängigen Journalismus angetretene Gazette nicht nur hemmungslos Werbung für Regierungs- und Konzernpropaganda im redaktionellen Teil betrieben, sondern auch mich und andere Kolleginnen und Kollegen der Existenz beraubt, weil wir weiterhin unseren Beruf ausüben wollten, anstatt die Menschen in die Scheiße zu reiten. Wir wollten einfach nicht lügen.

Zum »Dank« für die viele Arbeit für den Betrieb, die Eigentümer und das Kollegium überzogen sie uns dann noch mit einer endlosen Verfemungskampagne, gegen die »Katharina Blum« (Heinrich Böll) ein Friedens- und Freundschaftsfeuerwerk wäre. Zuletzt vernichtete diese Mörderbande von der Taz unseren Branchenkollegen Hüseyin Dođru (Red Media). Am Freitag, 4. Juli 2025, schlug ich nun zurück gegen die perfiden Kollegenschweine, dieses pervers-asoziale Drecksack, das in vielen Punkten den so viel besprochenen »Nazis« in nichts, aber auch gar nichts, nachsteht.

Reaktionen und Leserbriefe auf die Berliner Demo von Freitag, die Journalistik- und Gewerkschaftsgeschichte schreibt, sind fast durchweg sehr gut und sogar im Vergleich sehr umfangreich. Mehrfach heißt es in Leserbriefen und Unterstützerschreiben, man wolle



»Taz für beendet erklärt! – Wir feiern den Sieg jetzt noch bis Mitternacht in einer unserer Geheimzentralen, dem »Back Office« in der Gaststätte Linie 1, Wilhelmstraße 9, Berlin. Danke allen Beteiligten und bis gleich!« So hieß es in einer Online-Mitteilung des Journalisten Anselm Lenz am Abend des 4. Juli. Auf dem Bild: Lenz mit Demonstranten und früheren Mitarbeitern (w/m) vor der Taz-Konzernzentrale in der Berliner Friedrichstraße am 4. Juli 2025.

sich die Demo gegen den eigenen Ex-Betrieb zum Vorbild nehmen. Selber in die Offensive gehen, Schadensersatzforderungen in Geld und Sachwerten durchsetzen, jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, heißt es. Auch die direkte Konfrontation der Eigentümer, Chefs, Abteilungsleiter, Kolleginnen und Kollegen mit der eigenen Person und dem Terror gegen die jeweils eigene Person wird mehrfach befürwortet. Teils will man zunächst alleine losziehen, »um zu schauen, was passiert und was es mit mir macht«. Teils sollen aufwendige Demos mit längerer Ankündigung und Begleitschutz organisiert werden. Die Losung:

**JETZT KOMMEN WIR,
IHR MIESEN SCHWEINE!**

Ich kann dafür nur meine Unterstützung ganz fest zusagen, wenn diese gewünscht ist! Bei einer Demo mit Betriebsbegehung in Hamburg habe ich bereits meine Teilnahme als Berichterstatter angemeldet. Eine Berichterstattung aus den Bereichen Bewegtbild und Online-Blog soll ebenfalls erfolgen. Der

Termin soll demnächst bekanntgegeben werden. Nach dem, was mir zugetragen wurde zu urteilen: Es dürfte ganz erheblich aufsehenerregend werden. Vorwärts! Ein Unrecht in den Dimensionen, wie es uns systematisch angetan worden ist, vergeht nicht, vergeht niemals und ist nicht ohne ganz erheblichen Aufwand zu lindern und in der Folge möglicherweise und mit schonungsloser Aufarbeitung zu überwinden.

Die Methode »oooooch, stell dich ma' nich' so an, Schätzlein« – das sollte mittlerweile u. a. auch dem perfiden Taz-Lügner- und Heuchlerinnenpack, diesen Helfershelfern von Massenmördern bekannt sein, die zieht nicht mehr. Im Gegenteil, durch Ignoranz halten sie die Wunden offen und provozieren womöglich irgendwann allerbitterste Rache. So bitter, dass man es sich heute die Drastik der Rache noch gar nicht vorstellen kann, nichtmal die Opfer selbst, weil auch die noch völlig verblüfft, traumatisiert und millionenfach noch immer in Schockstarre sind. Das wird nicht so bleiben. Weil wir weiteres Abgleiten

unserer Gesellschaft in Krieg und Terror nicht wollen, von welcher Seite auch immer, gehen wir entschlossen und unbeugsam voran.

Zur notwendigen Entschuldigungserklärung mit möglichst allen Einzelheiten (die kommen zuerst vom Opfer und werden danach erst behutsam überprüft) und der glaubwürdigen Bitte um Vergebung hinzu (!) kommt der Ausgleich in Geld und Sachwerten für Schäden physischer, psychischer und ökonomischer Art. Es ist »verständlich«, dass belogene, geschändete, entlassene, verfeimte und terrorisierte »Angestellte auch erwägen, dann das Recht selber durchzusetzen«, wie es in einem Brief an mich heißt, für den Fall, dass die Täter nicht in Verhandlungen eintreten.

Ich habe meinem früheren Betrieb, namentlich Aline Lüllmann im Obergeschoss meines Ex-Betriebes, dazu ein sehr übersichtliches und nachvollziehbares erstes Angebot gemacht und eine Frist gesetzt (die lies der Taz-Verlag bis Redaktionsschluss verstreichen; red.). Auch das wird in den Reaktionen an mich aufgegriffen, wobei das Prinzip »Demo gegen Kollegenschweine« im Vordergrund steht. Es geht den Leuten, so auch mir, also nicht in erster Linie ums Geld.

Wir hier bauen die neue Zeitung für Deutschland auf. Es ist eine entbehrungsreiche, und unter den Umständen dieses Regimes noch immer eine ausgesprochen risikoreiche Arbeit, Woche für Woche, fast jeden Tag. Unterstützen Sie uns bitte gern JETZT mit einem Jahresabo 25/26 und bekommen Sie den DW wochenends in den Kasten! (Seite 16 und DemokratischerWiderstand.de)

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSdinYndGyEyWt

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:



DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?
Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 30 Millionen in 222 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW ° 195 vom 30. November 2024

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

LETZTES WORT MICHAEL BALLWEG

Landgericht Stuttgart, 22. Juli 2025, von Michael Ballweg
(es gilt das gesprochene Wort)

Frau Vorsitzende, Hohes Gericht, sehr geehrte Staatsanwaltschaft, liebe Prozessbeobachter. Ich habe mich in diesem Verfahren bewusst für die schweigende Verteidigung entschieden. In einem Verfahren, das aus meiner Sicht von Anfang an politisch motiviert war, erschien es mir wichtig, den Fokus auf die Beweisaufnahme zu legen, nicht auf die Interpretation meiner Worte.

Auch in Zeiten einer Pandemie müssen Grundrechte gelten. Die Grundrechte müssen Leuchttürme sein in Notzeiten. Dafür habe ich mich eingesetzt und dafür werde ich mich auch in Zukunft einsetzen. Die Querdenker haben auf den Demos gezeigt, worauf es in schwierigen Zeiten ankommt:

**AUF HALTUNG,
AUF MENSCHLICHKEIT,
AUF MUT.**

Willkür kann nur in der Dunkelheit stattfinden. Deshalb möchte ich mich ausdrücklich

bei allen Prozessbeobachtern herzlich bedanken und bei den Medien, die über dieses Verfahren berichtet haben und berichten. Ich habe in diesem Verfahren viel gelernt. Es soll auch allen Mut machen – alles geht vorüber und wir dürfen die Herausforderungen, dies das Leben uns aufgibt, annehmen. Ich bin unschuldig. Meine Steuerberatungsgesellschaft hat bestätigt, dass ich 80.000 Euro Verlust gemacht habe. Ich bedanke mich beim Landgericht für die umfangreiche Aufarbeitung.

Ich bin der Überzeugung:

*Die Zukunft gehört den Menschen,
die ihrem Herzen folgen,
egal was die Kritiker sagen.*

*Denn es sind die Außenseiter,
die die Welt verändern,
und die einen echten und bleibenden Unterschied machen.*

Vielen Dank. (Michael Ballweg, Landgericht Stuttgart, 22. Juli 2025)

Hin Da!
KULTURKALENDER
25. - 27. Juli 2025 Götschendorf; Gutshaus am Kalpinsee (Kloster St. Georg), KULTURFEST, weitere Informationen über das genaue Programm unter www.wunden.art

26. Juli 2025 Berlin; Ort wird Teilnehmern rechtzeitig bekannt gegeben, WORKSHOP, »Freiheitshandy – Tschüss Digitalkonzerne«, 10:00 Uhr – 17:00 Uhr, Tickets unter: digitaler-aktivist.org

27. Juli 2025 Berlin; Ort wird Teilnehmern rechtzeitig bekannt gegeben, SEMINAR, »Bitcoin – Tschüss Bankensystem« Einrichten des Handys für Bitcoin, 10:00 Uhr – 17:00 Uhr, Tickets unter: digitaler-aktivist.org

31. Juli 2025 Berlin; Al Hamra, Raumerstr.16, 10437 Berlin, KONZERT, André Krengel & friends, organisiert von IAFF, 19:30 Uhr, Eintritt frei, Spenden erwünscht

31. Juli 2025 Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin, LESUNG/DISKUSSION, »Warum der Weltfrieden von Deutschland abhängt« von Hauke Ritz, 19:00 Uhr, Eintritt frei, um Spenden wird gebeten

8. - 10. August 2025 Stechlin-Menz; Buddhistisches Institut, 16775 Menz, SOMMERFEST, »Fest für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und Freude« mit vielen Workshops, gemeinsam kochen und essen, Musik von z.B. Yann Song King und vieles mehr, Tickets: 50 €, ermäßigt 20 €, weitere Infos unter: oberhavel-steht-auf.de/friedensfest

16. August 2025 Falkensee; Stadthalle, Scharenbergstr. 15, 14612 Falkensee, VORTRAG, »Der Wortschatz der Menschheitsfamilie« von und mit Kayvan Soufi-Siavash, zu Gast Ralf Ludwig, 18:00 Uhr – 22:00 Uhr, Einlass ab 16:00 Uhr, Tickets: 31,40 € unter: emma-events.de

5. - 7. September 2025 Magdeburg; Salbker See, Am Badestran, 39122 Magdeburg, FRIEDENSFESTIVAL, »Nie wieder Krieg«

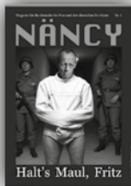
Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über <https://nichtohneuns.de>

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



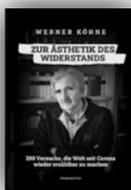
NÄNCY
Magazin für die deutsche Ex-Frau
und den deutschen Ex-Mann Nr. 1
Verlagshaus Sodenkamp & Lenz Berlin
E-Mag auf Demokratischer
Widerstand.de/NANCY
ISBN 978-3-9826543-0-0



NÄNCY
Ausgabe 2, Das Alternativmedien-
magazin
Anselm Lenz und
Hendrik Sodenkamp (Red.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9826543-2-4



WORLD ECONOMIC FORUM
Die Weltmacht im Hintergrund
Ernst Wolff
Klarsicht-Verlag
ISBN: 978-3-98584-231-5



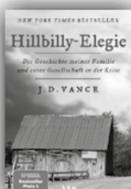
ZUR ÄSTHETIK DES WIDERSTANDS
200 Versuche, die Welt nach Corona
wieder erzählbar zu machen
Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
IBAN: 978-3-98265433-1



AEROSOLE, ANGST UND MASKEN -
Die AHA- + L-Regeln
Ines Kappestein
Verlag Thomas Kubo
ISBN: 978-3962300258



MACHT UND HERRSCHAFT
Wie mit politischer Psychologie
und Propaganda unser Verhalten
manipuliert wird
Almuth Bruder-Bezzel,
Klaus-Jürgen Bruder
Hintergrund-Verlag
ISBN: 978-3-910568-19-8



HILLBILLY-ELEGIE
James David Vance
Yes-Verlag, München 2024
ISBN 9783 9690 5364 5



GEOLOGIE IM ÜBERBLICK
Deutschland-USA-EU-Russland
Wolfgang Bittner
Verlag Hintergrund
Klappenbroschur, 144 S., 14,80 €,
ISBN 978-3910568235



POSTKOLONIALE MYTHEN
Auf den Spuren eines modischen
Narrativs
Mathias Brodtkorb
zu Klampen Verlag
ISBN-13 978-3987370328



HEILIGE KÜHE
Dennis Hoffmann
Anonym Berlin
ISBN 9783 7549 84390



SPORT MIT BERTHOLD

BALLWEG-PROZESS IST EIN POLITISCHER PROZESS!

Ich habe meine Frau nicht wegen ihres Berufes geheiratet, Theater und Fußball sollen das Publikum unterhalten. Mehr oder weniger ist es die gleiche Branche. Das Drama spielt auch im Fußball eine große Rolle!

Einer der elegantesten »Schauspieler« auf dem Platz? Der »Kaiser« Franz Beckenbauer verdient die Anerkennung seiner außergewöhnlichen Leistungen auf dem Feld. Soweit ich weiß, gibt es nur zwei Spieler, die so königlich betitelt wurden. »Re« Pelé und der Kaiser Franz. Aber all das ist nur Journalisten-Theater: Deutschland gehört mit Brasilien zu den erfolgreichsten Fußballnationen. Die vier deutschen Weltmeisterteams zeichneten sich durch individuelle Klasse und Charakter aus. Ich möchte da keinen Einzelnen herausheben.

Denn es gibt unterschiedliche Athleten im Fußballsport. Die Körperstruktur spielt nur für die zentralen Positionen eine Rolle, der Torwart und die zentralen Spieler haben ein anderes Gardemaß. Die offensiven Spieler wie Wirtz und Musiala erfahren dafür eine andere mediale Aufmerksamkeit. Das

war früher auch schon so wie beim wendigen Pierre Littbarski oder Thomas Häbber. Ich hatte keine persönlichen Präferenzen, was Mitspieler betrifft. In der Abwehr besteht die Kunst darin, die Distanz und Linie zu seinem Nebenmann nicht zu verlieren, wie ein elastisches Gummiband.

Sommerpause? Früher gab es mal eine, sowohl für die Spieler als auch für die TV-Zuschauer. Diesen Sommer gab es die U21-EM, Club-WM, aktuell die Euro der Damen. Am 1. August beginnt schon wieder die 2 Fußballliga. Too much for me, Hilfe! – Aber alle machen mit, weil der Rubel rollt, ohne Rücksicht auf Verluste. Die Spieler zahlen den Preis. Die Verletzung von Musiala ist ein Beispiel von vielen. Es wird sich zeigen, ob er wieder der Alte wird.

AUCH RÖMISCHES REICH IST GEFALLEN

Der einzige Ausweg könnte ein Veto der Spieler oder der Spielergewerkschaften sein. Allerdings haben die kein großes Standing bei den Kontinentalverbänden. Ein Schritt wäre schon mal, ins Gespräch zu kommen. Auch im »Großen« zeichnen sich Veränderungen ab: Auch das Römische Reich ist gefallen. Irgendwann wird der kritische Punkt erreicht sein, und die Menschen werden sich gegen diese andauernde Tyrannei und Lügen erheben. Zum Justiztheater und dem Titelthema dieser DW-Ausgabe: Der Prozess gegen Michael Ballweg ist ein politischer Prozess, damit ist schon alles gesagt.

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



Thomas und Britta Berthold bei der Ersten Alternativen Medienmesse in Berlin am 28./29. März 2025. Foto: Georgi Belickin



KRIEG

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Vor wenigen Jahren noch schien es unmöglich, dass in Deutschland Politiker wieder zum Krieg rufen und dass viele Bürger einen Krieg befürworten würden.

Die Schrecklichkeit von Krieg war allen bewusst. Der Glaube an die Alleinschuld Deutschlands an beiden Weltkriegen und das im 2+4-Vertrag von 1990 festgeschriebene Bekenntnis Deutschlands zum Frieden verstärkten dies noch. Sogar die christliche Lehre, dass in einigen wenigen Fällen Krieg gerechtfertigt sein kann, wurde als abwegig angesehen. Doch jetzt ist er wieder da, der Ruf nach Krieg gegen Russland und nach »Kriegstüchtigkeit«. Ein wenig Propaganda genügt, um viele glauben zu machen, dass Russland böse und unser Feind sei und mit Sanktionen und Waffen bekämpft werden müsse. Vielleicht hat die Coronaimpfung die Gehirne geschwächt. So wie sie glaubten, dass uns ein böser Virus angreife, so glauben sie jetzt, dass Russland den Westen angreifen wolle. Kriege werden von Staaten und von

Mächtigen eingefädelt, die dadurch ihre Staatsmacht festigen oder geopolitische oder finanzielle Ziele verfolgen. Dagegen stellte Jesus sein Wort »Selig sind die Friedfertigen; denn sie werden Gottes Kinder heißen« (Matt 5,9). Schon im Alten Testament wurde ans Licht gebracht, dass Herrschaft zu Krieg und Ausbeutung führt. Im Ersten Buch Samuel (8,10) lässt Gott dem Volk, das einen König haben wollte, mitteilen: Der König wird eure Söhne nehmen und auf dem Acker arbeiten und auf dem Schlachtfeld kämpfen lassen. – Genau so ist es auch heute. Der Staat fordert zunächst einen Großteil des Geldes der Menschen, er überzieht sie mit Vorschriften, und jetzt will er auch wieder das Leben der Menschen als Kanonenfutter verheizen. Dabei verkauft er seine Verbrechen als moralisch, und kann damit tatsächlich nicht wenige Menschen verführen.

HERRSCHAFT BEENDEN?

Durch Jesus hat Gott zwar das Herrschen noch nicht beendet, aber er hat das Urteil darüber gesprochen, einen Ausweg aufgezeigt und dem einzelnen Erlösung angeboten. Die Worte »Lasst euch erretten aus diesem verkehrten Geschlecht!« (Apg 2,40) klingen vielen heute fremd, aber bei Lichte besehen tragen sie die Handschrift eines guten Gottes.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. Seine Schriften liegen unter www.vonwachter.de.

Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

hier ist sie, die 222. Ausgabe des Demokratischen Widerstandes. In dieser Woche hatte ich einmal den Luxus, einfach nur einen Artikel schreiben zu dürfen und mich nicht um Blattplanung, das Redigat, Interviews usw. kümmern zu müssen. Danke da an die Kollegen!

Stattdessen ging es für mich auf die Autobahn Berlin-Stuttgart. 14 Stunden Fahrt, um dem letzten Verhandlungstag im Prozess gegen den großen Demokraten Michael Ballweg beiwohnen zu können. Seit über drei Jahren wird er systematisch vom bundesdeutschen Apparat drangsaliert. Und die Staatsanwaltschaft hat bereits angekündigt, weiter machen zu wollen.

»Dies ist ein Marathon und kein Sprint«, so Ballweg hierzu. Die Friedens- und Demokratiebewegung darf sich nicht zermürben lassen. Genau deshalb ist es wichtig, dass die Friedens- und Demokratiebewegung dauerhafte Strukturen schafft. Wie diese Zeitung, die seit mehr als fünf Jahren durchgehend über die Vorgänge in diesem Land berichtet. Unterstützen Sie uns dabei, diese Zeitung zu erhalten und auszubauen. In Form eines Abos, einer Spende oder dem Verteilen dieser Zeitung. Das alles geht auf demokratischerwiderstand.de – Wir sind gekommen, um zu bleiben. Seit über fünf Jahren liefern wir jede Woche ab. Gegen alle Widerstände.

»Willkür kann nur in der Dunkelheit stattfinden.« Auch das ist von Ballweg. Und darum ist es so wichtig, auf die Straße, in die Öffentlichkeit zu gehen. Am 2. August 2025 kommt die Friedens- und Demokratiebewegung in Berlin zusammen. – Wir komme alle!

Hochachtungsvoll demokratisch
Hendrik Sodenkamp
Journalist, Autofahrer und DW-Mitherausgeber

**Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:****Artikel 1****(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.****(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.****(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.****Artikel 2**

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6

(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.

(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sönderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.

(3) Zwangsarbeit ist nur bei e gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a

(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.

(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfall durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.

(4) Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.

(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfall können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.

(6) Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13

(1) Die Wohnung ist unverletzlich.

(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.

(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.

(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.

(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium tritt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.

(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16

(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.

(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a

(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.

(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verliert diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19

(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.

(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20**(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.****(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.****(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.****(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.****Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG!**ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG FÜR VERFASSUNGSERNEUERUNG**

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung für alle etabliert. Auch 2025 wollen wir wollen wir »größere« Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich mit der Unterstützung von Hunderttausenden Lesern und vielen freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! DW erscheint immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause (in der Regel nach den Ausgaben, die auf 0 oder 5 enden).

Die kommende Ausgabe DW 223 erscheint am Samstag, 2. August 2025!

SO GEHT ES:**1.** Ein Abonnement abschließen auf unserer Seite demokratischer-widerstand.de/ABO**2.** Fünf Ausgaben für 15.- EUR per Postbestellung, rechts ausfüllen und absenden!**3.** Wie 2., aber 115.- EUR beilegen fürs Jahresabo**BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER**

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnemnt von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an das Postfach des Unterstützervereines (siehe unten rechts). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME _____

E-MAIL • TELEFON _____

STRASSE, HAUSNUMMER _____

POSTLEITZAHL UND ORT _____

Per Post an

DW-Zeitung
Postfach
35 02 16
10211 Berlin